Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ
pränum. frei ins Haus. Durch
die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt"
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht beziehbar, kostet
monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr
beträgt für die 5gespaltene
Zeitzeile oder deren Raum
15 ₰, für Vorstands-,
Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰.
Im redaktionellen Teile
kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 10 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7860.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 155 Mittwoch den 7. Juli 1897. 8. Jahrg.

Vor fünfzig Jahren.

Vor einem halben Jahrhundert, im Jahre 1847, lebte das deutsche Bürgertum seiner Revolution entgegen. Niemand wußte, wie sie kommen werde und wann sie kommen werde, aber daß sie kommen werde, darüber waren sich alle fortgeschrittenen Geister einig. Auch in den „höheren Regionen" fühlte man die Vorboten des kommenden Sturmes, wenn auch der große Staatsnachtwächter der heiligen Allianz, Fürst Metternich, glaubte oder zu glauben vorgab, er habe die Weltgeschichte vorläufig zum Stillstand gebracht. Die Poeten und die Philosophen, soweit sie zum bürgerlichen Radikalismus gehörten oder auch sich in den Anfängen des Sozialismus bewegten, erwarteten die Revolution als ein unerwartetes Naturereignis. Börne und Heine hatten sie angekündigt und Herwegh hatte sie im voraus besungen; Kinkel, Prutz, Freiligrath und hundert andere Poeten deuteten gleich Sehern ihre Vorzeichen. Ruge, Feuerbach und ihre Anhänger suchten ihre Notwendigkeit philosophisch zu begründen. Ganz in der Stille schufen Marx und Engels das Kommunistische Manifest, das die Geburtswehen einer neuen Gesellschaft mit unwiderstehlicher Logik aus der historischen Entwicklung unserer allgemeinen Zustände herauslas und den verschiedenen Gesellschaftsklassen ihre Rollen für die bevorstehende Umwälzung zuteilte. Deutschland wurde mit einer Flut von revolutionären Schriften überschwemmt, von denen diejenigen von Karl Heinzen die populärsten waren, vielleicht weil sie den Lesern recht wenig Denkarbeit zumuteten.

Das Kleinbürger- und Bauerntum bildete damals zusammen eine gewaltige und breite Masse, die für revolutionären Zündstoff sehr empfänglich war, und immer empfänglicher wurde, je mehr der Druck von oben zunahm. Das Kleinbürgertum der Städte seufzte unter dem Druck der Bureaukratie und unter seinen unerträglichen Staatslasten, der Bauer unter dem Druck der Feudallasten, die noch reichlich genug waren, wenn auch die Leibeigenschaft in fast allen Staaten beseitigt war.

Die Herrschenden wurden erschreckt durch die gewaltigen Ausbrüche des Volkszornes, durch die Aufläufe und Tumulte, die namentlich unter Arbeitern und Bauern durch das wirtschaftliche Elend veranlaßt wurden. In Böhmen und Schlesien hatte man schon vorher die Weberaufstände gesehen; jetzt kamen in den Städten noch die vom Hunger veranlaßten Unruhen dazu. Das ganze Jahr 1847 ist erfüllt von solchen und die Befürchtung eines größeren Ausbruchs war es denn auch wohl, die den König von Preußen auf dem vereinigten Landtage veranlaßten, zu versichern, daß er in den künftigen Katastrophen an dem alten Absolutismus festhalten werde und daß sich kein Blatt zwischen ihn und den Herrgott im Himmel drängen solle, „um uns mit seinen Paragraphen zu regieren und durch sie die alte heilige Treue zu ersetzen". Man sprach in den oppositionellen Kreisen von der künftigen Verfassung als von einer Errungenschaft, die dem Bürgertum nicht mehr entgehen könne, nachdem Johann Jacoby mit seinen „Vier Fragen" ein ganz neues politisches Leben angeregt hatte.

Die Ungeduldigen verzweifelten aber an der Revolution, denn sie wollte ihnen nicht den Gefallen thun, gerade zu der Stunde zu erscheinen, die sie für dieselbe angesetzt hatten. Sie schalten über den „deutschen Michel" und glaubten, daß nur dessen Trägheit die große Katastrophe, von der sie alles erwarteten, hinausschiebe. Am ungeduldigsten waren natürlich die zahlreichen Flüchtlinge, die sich an den deutschen Grenzen aufhielten, denn sie hatten aus der Revolution eine Lebens- und Existenzfrage gemacht.

Und plötzlich kam die Revolution. Im Februar 1848 schlug zu Paris der Blitz in das Pulverfaß und der Brand wälzte sich über halb Europa. Das deutsche Bürgertum erhob sich, aber nur um den Beweis zu liefern, daß eine Menge von den Leuten, die vorher die Revolution in allen Tonarten besungen hatten, nunmehr erschraken, als sie sich endlich wie eine Lawine in das Land wälzte.

Wie die Schwäche des Bürgertums und der Egoismus der Bauernschaft bewirkten, daß die Errungenschaften der Revolution nur zum geringsten Teil gewahrt werden konnten, das zu schildern, gehört nicht hierher. Aber wir wollen den Zustand vor fünfzig Jahren mit dem heutigen vergleichen. Das Bürgertum, das damals sich in Waffen erhob, macht heute seine eigenen Jugendsünden der Sozialdemokratie zum Vorwurf und glaubt, diese wisse nichts Besseres zu thun, als in die Fußstapfen der alten bürgerlichen Demokratie und des wildgewordenen Liberalismus von 1847 zu treten. Man bezeichnet die Sozialdemokratie, die noch nie zur Gewalt gegriffen hat und auch nicht zur Gewalt zu greifen gedenkt, allgemein als Umsturzpartei, obschon sie eine Partei der Propagenda ist und den Klassenkampf auf dem gesetzlichen Wege führt. Gar zu gern möchte man sie mit Waffengewalt niederwerfen, wie man mit der alten Demokratie gethan hat, und nichts kann gewaltthätige Junker und Eisenfresser so sehr erbittern, wie der Umstand, daß sich die Sozialdemokratie nicht auf die Straße begiebt und Barrikaden baut, um sich mit Magazingewehren und Schnellfeuergeschützen niederschmettern zu lassen.

Wenn sonach häufig die Phrase gebraucht wird: „Wir stehen am Vorabend einer Revolution, wie 1789 und 1847", so ist dies ganz sinnlos. Denn die Revolution von heute ist eine ganz andere; auch stehen wir nicht an ihrem Vorabend, sondern wir befinden uns mitten in derselben. Sie wird nicht in romantischen Straßenkämpfen ausgefochten, sondern sie vollzieht sich auf sozialökonomischem Gebiet. Der Kapitalismus saugt die Reste der alten Produktionsform vollkommen auf und beginnt sich innerlich bereits selbst zu zersetzen. Eine neue Form für die ganze Gesellschaftsorganisation ist im Werden; der Inhalt ist schon vorhanden. Die Sozialdemokratie hat die Aufgabe, die Arbeiterklasse geistig auf die Zeit vorzubereiten, in der das Alte sich auflöst und die Hauptaufgabe bei den Neugestaltungen denjenigen zufällt, die heute unter dem Drucke des Kapitalismus schmachten.

Man kann bei weniger Aufmerksamkeit leicht erkennen, wie falsch derjenige urteilt, welcher die Sozialdemokratie nur als einen Abklatsch der alten bürgerlichen Demokratie betrachtet. Denn inzwischen sind ganz andere Faktoren in Wirksamkeit getreten, nämlich vor allem der Großkapitalismus, der die Gesellschaft nivelliert und die Privilegien der herrschenden Klassen in die Hände weniger Wenigen bringt, welche einst zum Gedeihen des Ganzen auf eben diese Privilegien werden verzichten müssen.

Die Situation hat sich in diesem halben Jahrhundert gänzlich verändert und das kommende Jahrhundert wird die notwendigen neuen Formen erstehen sehen. Gegen diese mächtige Umwälzung, deren Ausgang die endliche Beseitigung der Klassenherrschaft sein wird, wissen die Regierungen und die herrschenden Klassen nur die alten Mittel anzuwenden, die Verkümmerung der freien Meinungsäußerung und was damit zusammenhängt, gerade als ob wir noch 1847 schrieben. Wenn schon damals diese Mittel nicht ausreichten, wie sollen sie ausreichen in diesen Tagen, da keine Verschwörungen und Aufstände, sondern sozialökonomische Veränderungen die Umwälzung bewirken?

Mögen unsere Feinde thun, was sie nicht lassen können! Wir sind der Zukunft um so sicherer.

Tagesgeschichte.

Onkel Chlodwig im Auszugsstübchen. Die Münch. Post erfährt, daß das Palais des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe auf der Brienner Straße zu München anscheinend für dauernde Benutzung in stand gesetzt werde. Ebenso unterhandle der Reichstagsabgeordnete Prinz zu Hohenlohe, der Sohn des Kanzlers, wegen eines Hauskaufes in München. Es scheint demnach, als ob Fürst Hohenlohe baldigst den Rücktritt von seinen Aemtern zu vollziehen gedenkt und sich ins Privatleben nach der bairischen Hauptstadt zurückziehen will.

Ueber die Aussichten des Vereinsgesetzes läßt sich die Freis. Ztg. in einem längeren Artikel aus. Die Ablehnung durch das Abgeordnetenhaus am 28. Mai erfolgte mit 206 gegen 193 Stimmen, die Ablehnung durch Zählung am 31. Mai mit 207 gegen 188 Stimmen. Im ganzen fehlten also am 28. Mai 19 von der rechten Seite und 12 von der linken Seite. Wären sämtliche Abgeordnete zur Stelle gewesen, so würde die Ablehnung der Zedlitzschen Anträge erfolgt sein nicht mit 206 gegen 193, sondern mit **218** gegen **212** Stimmen, also nur mit einer Mehrheit von 6 Stimmen.

Inzwischen ist der konservative Abg. v. Elbe-Carnitz verstorben. Von den 3 damals vakanten Mandaten sind inzwischen 2 besetzt durch Breuer (Zentr.) und Wolszlegier (Pole). Das vakante Mandat von Bartmer (natl.) wird bis zum 24. Juli voraussichtlich wiederum durch einen Nationalliberalen besetzt werden. Der Solldestand des Abgeordnetenhauses am 24. Juli wird also 432 betragen. Nach Einrechnung der bis dahin neu Gewählten würden bei voll ständiger Präsenz die Abänderungsanträge des Herrenhauses am 24. Juli mit **221** gegen **211** Stimmen abgelehnt werden.

Frhr. v. Stumm spekuliert nun darauf, daß es ihm gelingt, in den industriellen Bezirken durch Kundgebungen mindestens 11 Nationalliberale zu bewegen, der Abstimmung in Berlin fernzubleiben. Alsdann wäre es möglich, daß mit 211 gegen 210 Stimmen die Abänderungsanträge **angenommen** würden. An welche nationalliberalen Abgeordneten kann dabei Frhr. v. Stumm denken? Im Wahlkreis Saarbrücken, also im Königreich Stumm selbst, sind zwei Nationalliberale gewählt, Olzem und der Berghauptmann Eilert. Olzem war bei der letzten namentlichen Abstimmung krank gemeldet; Eilert hat gegen die Zedlitzschen Anträge gestimmt. Sonst ist der ganze Regierungsbezirk Trier klerikal vertreten. Abg. Knebel, Vertreter für Kreuznach-Simmern, hat sich soeben noch in dem nationalliberalen Verein zu Köln auf das entschiedenste gegen die Herrenhausanträge ausgesprochen. Es kämen für die Stummsche Beeinflussung nur die Nationalliberalen in den industriellen Kreisen der Regierungsbezirke Düsseldorf und Arnsberg in Betracht, das sind die Abgg. v. Cuny, v. Eynern und Kelders, v. Knapp, Böttinger, Bueck und Hammacher. Abg. Bueck hat schon bei der namentlichen Abstimmung am 28. Mai sämtlich **gegen** die Zedlitzschen Anträge gestimmt mit Ausnahme des Abg. v. Eynern, der als krank, und des Abg. Schulze-Bellinghausen, der als beurlaubt angeführt ist. Abg. v. Eynern ist inzwischen genesen und im Abgeordnetenhause aufgetreten.

Von diesen, den Stummschen Absichten am leichtesten zugänglichen Abgeordneten, hat Schmieding-Dortmund bei der zweiten Beratung gegen die Zedlitzschen Anträge gesprochen.

Es ist nützlich, den nationalliberalen Herrschaften schon jetzt durch öffentliche Namennennung zu beweisen, daß das Volk ein wachsames Auge auf sie hat.

Die mutigen Nationalliberalen. In einer seit langer Zeit an ihnen nicht mehr gekannten Schärfe sprechen sich jetzt die nationalliberalen Blätter gegen das Junkertum und seine agrarische Unersättlichkeit aus. Zur Köln. Ztg., der Münchn. Allg. Ztg. und dem Leipz. Tagebl. gesellt sich die Magdeb. Ztg. Bei der Wichtigkeit des Symptoms mag noch eine Auslassung des letztgenannten Blattes wiedergegeben werden Sie lautet:

„Die Gefahr, die unserem Vaterlande von dem reaktionären Junkertum droht, ist eine viel aktuellere, als die sozialrevolutionäre: ihr gilt es zunächst zu begegnen. Der Kampf ist ein bedauerlicher, aber er hat auch das Gute, daß er das deutsche Bürgertum aufrüttelt aus politischer Teilnahmlosigkeit, daß den Gegnern rechts und links gezeigt wird, daß das deutsche Bürgertum noch immer ein Faktor unseres politischen Lebens ist, mit dem gerechnet werden muß, und daß es sich diese Beachtung wird zu erzwingen wissen.

Heute geht es nicht nur um Freiheit und Recht, die Form der Angriffe macht die Abwehr zu einem Kampf um die Ehre, da bleibe keiner zurück! Wir dürfen uns in solchem Kampfe im Einklang fühlen mit den stolzesten Ueberlieferungen des deutschen Bürgertums! Wir wollen uns erinnern, wie ein Zeitalter kulturellen Fortschritts und nationalen Aufschwungs jenen Jahren harten Kampfes folgte, und wollen ausharren, bis auch uns wieder bessere Tage leuchten. . . .

Der Ruhm des Herrn v. Stumm läßt die Kreuz-Ztg. offenbar nicht schlafen; wir hoffen, die nationalliberalen Abgeordneten werden auf diese schamlosen Zureden, doch politisch gesinnungslos zu sein, die rechte Antwort finden und sich lieber auf allen Vieren zu der betr. Abstimmung schleppen, als auch nur den Schatten der Vermutung auf ihre politische Ueberzeugung fallen lassen, daß sie im Sinne der Kreuz-Ztg. zu Hause geblieben seien."

Die Botschaft hör' ich wohl, allein es fehlt — nun, man wird ja am 23. Juli sehen, ob die Nationalliberalen sich noch einen Rest von politischer Festigkeit gewahrt haben.

Ein furchtbares „Gottesgericht" über das Junkertum sieht die Köln. Ztg. bei den nächsten Wahlen kommen, wenn in Berlin nicht eine gänzliche Umkehr erfolgt. Die Gunst der Massen werde sich den Parteien zuwenden, die der allgemeinen Unzufriedenheit den rücksichtslosesten Ausdruck verleihen. Als die bösartigsten Umstürzler seien diejenigen Leute zu betrachten, die in den letzten Jahren durch ihre Intriguen den nationalen Staat in seinen Grundfesten erschüttert, das monarchische Bewußtsein verwüstet und Preußen dem Gespötte Deutschlands und der Welt preisgegeben haben. Wir erleben gegenwärtig eine Erbitterung von einer Schärfe und einer Allgegenwart, wie sie noch keine Periode der deutschen Geschichte verzeichnet hat. Und dieser hochgradige und allgemeine Ingrimm ist begreiflich. Denn eine selbstbewußte Nation kann unmöglich gewillt sein, auf die Dauer den vom Junkertum angestrebten Zustand zu ertragen, daß ihre bedeutendsten Männer entweder beiseite geschoben oder aber genötigt werden, durch einen Kniefall vor verkrachten ostelbischen Beutepolitikern, Kanitzleuten, Bimetallisten, Kanalgegnern und Reaktionären um Gnade zu flehen. Die nächsten Wahlen werden sich, wenn in Berlin nicht eine gänzliche Umkehr erfolgt, zu einem vulkanischen Ausbruch des Volkszornes gestalten. Das rheinische Blatt erklärt es im weiteren für irrig, wenn man hofft, die Nationalliberalen entweder durch ein bißchen Kulturkampf oder durch ein bißchen Sozialistengesetz irreführen und von der Hauptfrage ablenken zu können, ob die maßlose politische Ueberhebung des Junkertums irgendwie in Einklang steht mit der Stellung, die es in der Volkswirtschaft, in der Wissenschaft, Litteratur,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970707-12/fragment/page=0001

Kunst, kurz in dem gesamten Leben der Nation einnimmt. Auch mit dem Namen Bismarck werde man in dieser Richtung nichts ausrichten. Die Köln. Ztg. schließt ihren Artikel, der auch Seitenhiebe auf die „unauffindbare" Regierung enthält, mit einem Lob des Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe, obwohl doch dessen „heilsamer Einfluß" die von der Köln. Ztg. gekennzeichnete verderbliche Entwicklung bisher nicht im mindesten verhindert hat.

Junkerliche Schweinepolitik. Der Bürgermeister Schneider in Kattowitz teilte in der letzten Sitzung der Stadtverordneten Versammlung mit, daß der Vertreter der Regierung, Ober-Regierungsrat von Heydebrand und der Lasa, der vor einigen Tagen wegen der Gänse-Quarantäne-Station in Kattowitz weilte, erklärt habe, im Herbst werde die Grenze versuchsweise gegen die Schweineeinfuhr gesperrt werden. Der Oberschl. Anzeiger, der diese Mitteilung bringt, bemerkt dazu: Obgleich wir an der Thatsache nicht mehr zweifeln können, wäre die Maßnahme im Interesse der Bevölkerung des Industriebezirks höchst bedauerlich, da die Thatsche unabweislich feststeht, daß die inländischen Landwirte den Bedarf an Schweinen nicht entfernt zu decken im stande sind.

Militärgerichtsbarkeit. Seit 1870 zählen die Militärärzte als Sanitätsoffiziere und sind dem Militärgericht unterworfen. Dieses verhandelt bekanntlich hinter verschlossenen Thüren; daher wird man über folgenden Fall wenig mehr erfahren. In Bonn hat ein Arzt einen andern im Duell erschossen. Der Staatsanwalt hatte die Sache vor das Geschworenengericht gewiesen. Der Verteidiger bezweifelt jedoch die Zuständigkeit. Der Staatsanwalt fragt bei dem Bezirkskommando an; das Bezirkskommando schweigt. Er fragt bei dem Militärgericht des Armeekorps an, und jetzt ergeht die Antwort, das Militärgericht halte sich selbst für zuständig. Der Staatsanwalt bestellt die Zeugen somit ab und erklärt vor dem Schwurgericht, er müsse zu seinem „überaus lebhaften Bedauern" beantragen, daß das Schwurgericht sich als unzuständig bezeichne. Um aber diesen Rechtszustand in seiner vollen Widersinnigkeit zu zeigen, wird obenein beantragt, den Duellanten, der auf der Anklagebank hätte sitzen sollen, als Zeugen zu vernehmen. Das lehnte der Gerichtshof ab. Er hätte auch dem Antrage stattgeben können. Einstweilen geht der Thäter jetzt spazieren. Wie das Militärgericht urteilt, wer will es wissen?

Zur Fronleichnamsprozession befohlen. In München ist seitens einer Behörde folgender Erlaß an ihre Beamten ergangen:

Fronleichnamsprozession. München, 14. Juni 1897.

„Zufolge höchster Ministerial-Entschließung vom 11. Juni 1897 Nr. 8659 I wird hiermit bekannt geben, daß Seine Königliche Hoheit der Prinz-Regent der am 17. Juni l. Js. stattfindenden Fronleichnamsprozession Allerhöchst Selbst beiwohnen werden und zu bestimmen geruht haben, daß das Personal der kgl. Stellen und Behörden hierbei möglichst zahlreich erscheine.

Die Herren Beamten versammeln sich in Uniform früh 6¾ Uhr in der Metropolitan-Pfarrkirche zu U. L. Frau.

Das unterhabende Personal ist hiervon sofort mit dem Bemerken zu verständigen, daß zahlreiche Beteiligung gewärtigt wird.

Die Uniformbesitzenden und sich nicht beteiligenden Herren haben dies umgehend unter Angabe des Grundes anzuzeigen."

Wer also keine Lust hat, an der Prozession teilzunehmen, muß sich entschuldigen. Es ist weit gekommen im Lande der Dichter und Denker.

Wegen Kaiserbeleidigung ist vom Landgericht Königsberg i. Pr. am 6. April die Invalidenfrau Dorothee Graap geb. Sand zu Gefängnis verurteilt worden. Ihre Revision gegen dieses Urteil wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Berlin der 16jährige Barbierlehrling Majewski zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte unvorsichtige Bemerkungen gemacht über die Absperrung der Straßen anläßlich der Zentenarfeier.

Wegen Kaiserbeleidigung wurde in Berlin der 14½jährige Laufbursche Otto zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Ausland.

Oestreich. In Rzeszow wurde der östreichische Reichsratsabgeordnete Szajer wegen Majestätsbeleidigung und Ehrenbeleidigung zu achtmonatlichem, schwerem Kerker verurteilt.

Oestreich. Der ungarische Erntestreik hat einen großen Umfang angenommen und verbreitet sich immer weiter. Man kann, wie die Wiener Arbeiter-Zeitung schreibt, dies aus der einzigen Angabe der offiziellen Berichte schließen, daß der Ackerbauminister bereits 2500 Arbeiter zum Ersatz für die streikenden Arbeiter vermittelt hat. Da, wie die ungarischen Blätter berichten, der Ackerbauminister von der Mezöhegyer Reserve nur in solchen Fällen Aushilfe bewilligt, wo von anderwärts keine Arbeitskräfte zu erhalten sind, und meistenteils auf anderem Wege slovakische und ruthenische Schnitter bezogen werden, so läßt sich daraus schließen, wie groß die Zahl der Ausständigen sein muß. Schon vor Peter und Paul, wo die Erntearbeiten in Ungarn allgemein aufgenommen werden, wurde die Zahl der gedungenen Schnitter, die die Arbeit nicht aufnahmen, auf zehn- bis zwölftausend geschätzt. Die Zahl dürfte heute bereits stark überschritten sein. Aus den amtlichen Meldungen und den Nachrichten der Pester Blätter lassen sich freilich sichere Angaben über die Ausdehnung des Ernte-Ausstandes nicht entnehmen. Mit Absicht wird da alles zweideutig ausdrückt, und man merkt gar sehr das Bemühen, die Sache möglichst als unbeträchtlich hinzustellen. Nur daß das Gendarmen- und Militäraufgebot recht ausgiebig ist, liest man deutlich heraus. Es sind förmliche Berichte vom Kriegsschauplatz, und auch verlogen wie solche.

Obwohl die Streikbrecher von den Behörden organisiert und beigestellt werden, genügen die Ersatzarbeiter weder der Menge noch der Arbeitsfähigkeit nach. Die Arbeiter aus dem slovakischen und ruthenischen Berglande sind der Erntearbeit im Alföld nicht gewachsen. Und was nützt es da dem Unternehmer, wenn er billige Arbeiter hat, die ihm jedoch unvergleichlich weniger aufarbeiten als die Alfölder Schnitter! Die Erntearbeit muß vor allem rasch erledigt werden. Daher lesen wir denn auch in den Pester Blättern, daß die Unternehmer vielfach den Forderungen der Schnitter stattgeben. Freilich greift auch schon die Regierung zu den äußersten Mitteln. Aus einem Orte bei Szegedin wird gemeldet, die dortigen Schnitter seien gezwungen worden, die gedungene Arbeit aufzunehmen. Doch wie werden sie diese erzwungene Arbeit leisten? Dem Schnitter reguliert keine Maschine den Gang der Arbeit. Dem Unternehmer werden solche Zwangsarbeiter teurer zu stehen kommen, als wenn er sie höher entlohnte.

Ein Erntestreik in dieser Art und Ausdehnung steht auf dem europäischen Festland beispiellos da. Daß sich die ungarischen Schnitter dazu vereinigen konnten, daß sie mit solcher Ruhe, Besonnenheit und ohne sich irgend provozieren zu lassen, den Ausstand durchführen, das ist eine bewundernswürdige Leistung.

Frankreich. Ein Schutzmänner-Ausstand ist am Sonnabend auf der Pariser Polizeipräfektur ausgebrochen. 110 Schutzleute, die mit dem Hoteldienst betraut sind, verweigerten den Gehorsam. Sie verlangten Arbeitsverminderung und begründeten dies damit, daß sie täglich 8000 Listen über die Fremden auszufüllen haben und daß sich diese Arbeit bei der Abreise derselben wiederholt. Gleichzeitig beschwerten sie sich über einen unliebsamen Polizeikommissar. Die Polizeipräfektur versprach, die Forderungen zu berücksichtigen. Daraufhin haben die Ausständigen den Dienst wieder aufgenommen.

Soziale Uebersicht.

— **Sehr verständig** urteilt einer der größten sächsischen Fabrikanten, V. Vogel-Oberlungwitz in einem an seine Arbeiter gerichteten Rundschreiben über die Lohnverhältnisse und die Pflichten der Arbeitnehmer. Von Arbeitgebern und Arbeitern war gemeinsam ein Lohntarif aufgestellt worden; einzelne Fabrikanten schraubten jedoch die Sätze zurück. Herr Vogel wandte sich nun im Namen seines Fabrikantenvereins an seine Arbeiter und ermahnte, an den vereinbarten Lohnsätzen festzuhalten, und nicht billiger zu arbeiten, da sie sonst selbst die Löhne herabdrücken würden.

— **„Schwerste Strafe treffe den ꝛc."** Der Verband der Metallindustriellen in Württemberg versendet folgendes Zirkular an seine Mitglieder:

Stuttgart, d. 9. 6. 97.

Herrn N. N.

Nachdem bei dem Verbandsmitgliede, den Herren Weygandt und Klein, Maschinenfabrik hier, ein Streik wegen Nichtbewilligung kürzerer als zehnstündiger Arbeitszeit und prozentualer Lohnerhöhung ausgebrochen ist, so verzeichnen wir Ihnen auf der Nebenseite die Namen der ausstehenden Arbeiter und ersuchen Sie unter Hinweis auf § 4 der Statuten, keinen der Arbeiter einzustellen. Sollte einer derselben in ihrem Betriebe schon eingestellt sein, so bitten wir Sie, denselben zu entlassen.

Hochachtungsvoll

Der provisorische Vorstand des Verbandes Metallindustrieller in Württemberg, stellvertretender Vorsitzender: Oberbaurat A. Groß, Direktor der Maschinenfabrik Eßlingen.

Der angezogene § 4 des Statuts, der die Gemeingefährlichkeit solcher Unternehmerringe beweist, hat folgenden Wortlaut:

§ 4. Jedes Verbandsmitglied, bei welchem ein Streik ausbricht, hat dem Verbandsvorstand sofort seine Lohn- und Arbeitsverhältnisse darzulegen. Dieser hat, erforderlichenfalls nach Anhörung von Arbeitern der betreffenden Fabrik, darüber zu beschließen, ob der Streik berechtigt ist oder nicht. Erklärt der Vorstand den Streik für nicht berechtigt, so darf kein Verbandsmitglied einen streikenden Arbeiter in seinem Betrieb beschäftigen und muß einen aus Versehen eingestellten Arbeiter alsbald entlassen. Der Vorstand hat für Bekanntmachung der Namen der streikenden Arbeiter zu sorgen.

Ob diese Ausbeutersippe, welche andere an der Arbeit hindert, zu der „schwersten Kerkerstrafe" verurteilt wird?

Auch die Junker hindern andere an der Arbeit (s. das Entlassungszeugnis des Oberinspektors Sieg in Radensleben) und werden dafür nicht mit den höchsten Kerkerstrafen bedacht.

— **Gewerkschaftsabrechnungen.** Verband der Handschuhmacher Deutschlands. Abrechnung auf das Jahr 1896: Netto-Ausgabe 53 754.71 M., Netto-Einnahme 48719.21 M., Defizit 5034 50 M., Vermögen 35 024.19 M. Unter den Ausgaben befinden sich: 2176.50 M. Reise-Unterstützung, 31 008 M. Arbeitslosen-Unterstützung, 7983.62 M. Streik- und Gemaßregelten Unterstützung, 870 M. Invaliden-Unterstützung, 65.10 M. für Rechtsschutz, 1000 M. für Agitation. — Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg gegenüber dem Jahre 1895 von 2694 auf 2752, die der weiblichen sank von 192 auf 170. Das Handschuhmachergewerbe litt im Berichtsjahr unter äußerst schlechtem Geschäftsgange; infolgedessen wurde die Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung natürlich stark in Anspruch genommen.

— **Verband der deutschen Buchdrucker.** Abrechnung der Hauptkasse auf die Zeit vom 1. April 1896 bis 31. März 1897. Einnahmen: Vermögen am 31. März 1896: 931 082 18 Mk., Vorschuß der Gaue pro 1. Quartal 1896: 32 378.60 Mk., Eintrittsgeld in den Gauen pro 1.–4. Quartal 1896: 3935 Mk., Beiträge von den Gauen in derselben Zeit 1 068 565.30 Mk., sonstige Einnahmen 42 663.32 Mk., zusammen 2 078 624.40 Mk. Ausgaben: Reiseunterstützung 138 491.65 Mk., Arbeitslosenunterstützung am Orte 127 341 75 Mk., Gemaßregelten- u. s. w. Unterstützung und Umzugskosten 74 688.65 Mk., außerordentl. Unterstützung 247.50 Mark, Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige 327 917.79 Mark, Unterstützung an dauernd Arbeitsunfähige 38 810 Mk., Begräbnisgeld 18 430.90 Mk., Rechtsschutz 273.10 Mk., sonstige Ausgaben der Hauptverwaltung 41 516.61 Mk. (darunter 2500 Mk. an die Generalkommission in Hamburg, 1450 Mk. an das Internationale Buchdruckersekretariat, 6050 Mk. Streikgelder an andere Gewerkschaften, 4862 40 Mk. Kosten der Tarifberatungen in Leipzig und Berlin, 3410.10 Mk. Anteil an den Kosten des Tarifausschusses, 2000 Mk. Beitrag zu den Kosten des Schriftgießerkongresses in Offenbach), Verwaltungskosten 45 609.25 Mk. Vorschuß in den Gauen pro 1. Quartal 1897: 61 156 52 Mk., Vermögen am 31. März 1897: 1 204 141.28 Mk. (Hiervon sind 87 030 Mk. an andere Gewerkschaften als Darlehen gegeben, darunter den Hamburger Hafenarbeitern 50 000 Mk., den Werftarbeitern in Flensburg 12 000 Mk., den Hutmachern 6000 Mk., den Lithographen und Steindruckern ebensoviel.) — Das Verbandsorgan „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer" hatte bei einer Einnahme von 42 117.71 Mk. einen Ueberschuß von 2841.42 Mk. — Die Zahl der steuernden Mitglieder stieg von 20 949 auf 22 522. Die Zahl der Orte, wo Mitglieder beschäftigt waren, betrug am Ende des Jahres 865. — Das Vermögen der in Liquidation begriffenen Zentral-Invalidenkasse, die in Stuttgart verwaltet wird, betrug am Schlusse des Berichtsjahres 883 423.94 Mk.

— **Die Ergebnisse des Weltpostkongresses** haben wir zum größten Teil schon mitgeteilt. Der besseren Uebersichtlichkeit wegen stellen wir sie in nachfolgendem noch einmal zusammen:

1. Die Bedingungen für die gegenseitig zu verrechnenden Transitgebühren wurden wesentlich erleichtert, so daß während der nächsten sechs Jahre der Tarif stetig herabgesetzt wird. 2. Der Plan gleichmäßiger Farben für wertentsprechende Postmarken wurde angenommen. 3. Unfrankierte Briefe. 4. Mit der Schreibmaschine gefertigte Zirkulare, die in zwanzig oder mehr Exemplaren gleichen Inhalts aufgegeben werden, zahlen für internationale Beförderungen dieselben Raten wie gedruckte Zirkulare. 5. Warenmuster ohne Wert werden als solche bis zum Gewicht von 350 Gramm angenommen. 6. Naturwissenschaftliche Gegenstände — ausgestopfte Tiere, getrocknete Pflanzen und geologische Produkte — werden als Muster angenommen. 7. Spezialanordnungen für Beförderung von Paketen unter Wertangabe, Geldanweisungen für Legitimationsbücher und für Bestellung von Zeitungen und Zeitschriften wurden einer gründlichen Durchsicht unterzogen. Dieses Abkommen gilt jedoch nicht für die Vereinigten Staaten, sondern hauptsächlich für die Länder des europäischen Kontinents. 8. Die

---

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

72] (Nachdruck verboten.)

Er rief Lazar Tempsky zu, der eben an ihm vorüber kam.

„Da wird uns wieder eine hübsche Anzahl auf dem Halse bleiben — die Kerle können nicht weiter."

„Es ist ein Wahnsinn, solche Leichname marschieren zu lassen," erwiderte Lazar.

„Sie bringen uns den Typhus und das ist das Allerschlimmste — Teufel, da fliegt schon wieder einer hin," sagte der Doktor und trat zu einem der Gefangenen, der, aus dem Zelte herauskommend, mit unsicherem Gange über die Füße eines anderen gestolpert, gegen den Zeltpfosten gefallen war und sich die Stirne verletzt hatte.

Er blutete stark.

Es war ein junger Bursche mit einem schwarzen Vollbart, der sein gelbes Gesicht noch fahler erscheinen ließ. Er griff nach der Stirne, ohne an seinem Fez zu rücken, und als er das herabsickernde Blut gewahrte, das ihm Hände und Kleider färbte, starrte er mit den schwarzen hohlen Augen darauf, als könne er's nicht begreifen, daß es sein Blut sei, das so frisch und rot seinem ausgemergelten Körper entströmte.

Lazar wollte ihm beispringen, aber der Chefarzt hielt ihn zurück: „Lassen Sie doch, ich brauche Sie anderswo."

Er sah sich nach einer Schwester um: „Bitte, Schwester Helene, wenn Sie Zeit haben, schauen Sie hier nach."

Er bezeichnete ihr den Mann mit den Augen und entfernte sich rasch, Lazar mit sich nehmend.

Sie schritten über die weite, beschneite Fläche dahin, einer entfernten Erdhütte entgegen, aber bald machten sie Halt, um sich ihre Zigarren anzuzünden.

Lazar blickte nach der Schwester zurück, die vor dem Verwundeten auf dem feuchten Boden sich niedergelassen hatte und sich über ihn beugte, um die Wunde zu untersuchen. In ihrer Haltung drückte sich ernste Hingebung aus, die jede Spur von Ekel und Scheu überwunden hatte.

„Unsere freiwilligen Schwestern sind bewundernswert," bemerkte Lazar.

„Ihr bewundert sie auch viel zu sehr," brummte der Chefarzt. „Wir werden künftig nur Nonnen nehmen, Nonnen, Nonnen!" rief er, seinem momentanen Verdrusse nachgebend, der sich steigerte, als seine Zigarre nicht brennen wollte.

„Wohl nur, um unsere Augen zu strafen," scherzte Lazar, dem Chef seine brennende Zigarre entgegenhaltend.

„Die Geschlechtslosigkeit ist bequemer," entschied der Chefarzt, den Rauch vor sich hinblasend.

„Und das vollgiltige Weib würde also unserer Schwäche wegen zurückgesetzt?"

„Das vollgiltige Weib gehört in die Familie."

„Es ist nur schade, daß diese ihre Aufgabe nicht mehr zu erfüllen vermag, die Familie bietet ihren Töchtern weder Schutz noch Versorgung."

„Westeuropäische Anschauung," rief der Chefarzt, rascher ausschreitend, „bei uns ist es noch nicht so weit. Was unsere Weiblein bewegt, das ist die Lust, das Verlangen nach Freiheit und Unabhängigkeit."

„Aber man läßt sie diese Lust ziemlich büßen," erwiderte Lazar mit einem feinen Lächeln der Opposition, „diese Frauen arbeiten wie Taglöhnerinnen und härter noch, aber selbst in diesem mühseligsten aller Berufe haben sie die Konkurrenz derjenigen auszuhalten, die ein Orden ernährt."

Der Chefarzt blickte scharf nach dem Sprecher, der die Mütze vom Kopfe gerissen hatte, als wäre ihm plötzlich heiß geworden.

Der Wind durchwühlte das kurze Gelock, und Haar und Bart schimmerten wie rotes Gold unter den Strahlen der eben untergehenden Sonne.

Der Chefarzt klopfte ihm auf die Schulter. „Sie sind ein Roter nach innen und außen, aber nehmen Sie sich in acht, ich warne Sie."

Hornsignale ertönten. Ein Teil der Gefangenen hatte sich zum Aufbruch bereit zu machen.

Helene war noch immer mit dem Verwundeten beschäftigt; sie hatte ihm das Fez abgenommen, das von Läusen starrte; sie reinigte die Wunde und verband sie, als sie bemerkte, daß er noch eine andere jauchige Wunde am Leibe hatte.

Der Mann rührte sich nicht. Ein mal, als ihre guten Augen ihn trafen, zuckte es in dem wilden, vertierten Gesichte auf, als überkäme ihn ein Gefühl, daß es, unbekümmert um Religion und Nation etwas gäbe das Menschen mit Menschen verbindet, aber er verfiel sofort wieder in seine frühere Stumpfheit.

Der Tumult, der dem Aufbruche einer Partie vorangingen, steigerte sich, die Zögernden wurden mit Schimpfworten und Kolbenstößen emporgetrieben.

Helene schritt durch das Gewühl, ihrer Behausung entgegen. Sie war völlig erschöpft und konnte es kaum erwarten, sich zu reinigen und ihre beschmutzten und durchnäßten Kleider zu wechseln.

Innerlich fühlte sie sich ruhig und stark; es war, als hätte sie jetzt erst einen Begriff bekommen von dem Wesen und der unerschöpflichen Kraft des Lebens.

Ein bulgarisches Mädchen, das den Schwestern als Dienerin zugeteilt war, kam ihr entgegen.

Es schrie ihr etwas zu, das sie nicht verstand. Aus seinen Geberden erriet sie, daß sie im Schwesterhause von jemanden erwartet werde und sich zu beeilen hätte.

Ihr von der Nässe schweres Kleid emporhebend, ging sie die knarrende Holztreppe aufwärts und trat in das Vorzimmer, das nach türkischer Weise mit Teppichen und Polstern, die längs den Wänden hinliefen, ausgestattet war.

Bei ihrem Eintritte erhob sich die schlanke, hochgewachsene Gestalt eines Mannes, der seit einer halben Stunde in prickelnder Ungeduld dagesessen und auf sie gewartet hatte.

Er hatte seinen Zobelpelz auf das Polster zurückgeworfen und stand in einem langen Ueberrock da, der, vorne aufgeknöpft, den eleganten Schnitt seiner Kleidung sehen ließ.

Aber auch Krawatte und Handschuhe, der Haarscheitel und sein blonder Bart präsentierten sich äußerst korrekt, durchaus comme il faut.

Die junge Frau in schweren, schmutzigen Juchtenstiefeln und dem groben, durchnäßten Mantel, das blasse Gesicht von dem plebejischen Linnenhäubchen umrahmt, bot einen seltsamen Kontrast zu ihm dar.

Helene war bei seinem Anblick zurückgefahren; es war Morre.

Sie fühlte ihre Knie wanken, während ihr Herz in verdoppelten Schlägen pochte. Sie begriff selbst nicht, was sie so stürmisch erregte, denn dieser geschniegelte Mann erschien ihr, die noch die Bilder menschlichen Elends vor Augen hatte, frivol und geckenhaft.

„Was führt Sie hierher?" fragte sie, sich zur Ruhe zwingend.

Er starrte sie an, unfähig, ein Wort herauszubringen.

War das sie? Das junge, reizende Weib, voll naiver Koketterien, die elegante Frau Hartmann, die von dem weichlichsten Luxus umgeben war?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970707-12/fragment/page=0002

Frage der Einführung einer Weltpostmarke wurde angeregt, der Vorschlag jedoch im Hinblick auf mannigfaltige Schwierigkeiten — namentlich die Verschiedenheit der einzelnen Währungssysteme — abgelehnt. 9. Korea wurde in den Weltpostverein aufgenommen. Der Orange-Freistaat, der keinen Vertreter entsandt hatte, erklärte, daß er baldigst dem Weltpostverein beizutreten hoffe, und China, das im Kongreß vertreten war, erklärte, daß es die Regulationen des Weltpostvereins durchführen werde, sobald die Reorganisation seines Postdienstes weit genug fortgeschritten sei. Die neue Konvention tritt mit dem 1. Januar 1899 in Kraft. Der nächste Kongreß wird im Februar 1903 in Rom stattfinden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Vom Schöffengericht in Dresden wurde der Gastwirt der Deutschen Eiche in Strießen zu 5 M. Geldstrafe verurteilt, weil in seinem Lokale am Abend des 1. Mai eine Anzahl Mitglieder des Arbeiter-Gesangvereins zu Strießen in zwangloser Weise einige Lieder gesungen und dazu nicht vorher die polizeiliche Erlaubnis eingeholt haben. Der polizeiliche Strafbefehl hatte auf zehn Mark gelautet.

§ Auflösen wollte in Wilhelmsberg bei Berlin der Gendarm eine sozialdemokratische Versammlung, weil der Saal mit Petroleumlampen beleuchtet war. Durch frühere Erfahrungen gewitzigt, hatten aber die Genossen einen Rat des Vorwärts befolgt und Kerzen mitgebracht. In kürzester Zeit brannten im Saale eine Menge Kerzen auf den Tischen. Der Grund der Auflösung war damit beseitigt, und die Versammlung konnte ruhig weiter tagen.

§ Verhaftet wurde in Graz (Oestreich) der Genosse Dr. Bruno Wille, als er im Verein der Konfessionslosen einen Vortrag über Religionsfragen hielt. Die Versammlung wurde aufgelöst, der Saal durch Gendarmen geräumt und auch der Verein aufgelöst.

§ Genosse Theiß in Dortmund hat am Sonnabend eine vierwöchentliche Gefängnisstrafe angetreten.

Parteinachrichten.

— Die Gewerkschaften Hamburgs, 79 an der Zahl, feierten am Sonntag zum erstenmale ein Gewerkschaftsfest. Die Polizeibehörde hatte, wie schon häufig, der Arbeiterschaft einen Festzug mit aufgerollten Fahnen freigegeben. Trotz regnerischen Wetters versammelten sich etwa 25000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf freiem Platze in der ehemaligen Vorstadt St. Georg und nachdem binnen kurzer Zeit ein dreiteiliger Festzug arrangiert war, bewegten sie sich unter dem Klange von Arbeiterweisen und unter Vorantragung einer sehr großen Anzahl Fahnen und Banner nach dem Festplatze auf der Viktoria-Festwiese in Barmbeck. Die Genossen Pfannkuch und v. Elm hielten hier, wo sich nach und nach etwa 50000 Personen eingefunden hatten, Ansprachen, worin sie auf die Bedeutung von Arbeiterfesten hinwiesen.

— Nachdem Genosse Reichstagsabgeordneter Friedrich Harm definitiv erklärt hatte, bei der nächsten Reichstagswahl nicht mehr kandidieren zu wollen, beschloß eine Vertrauensmänner Konferenz des Wahlkreises Barmen-Elberfeld, den Genossen Molkenbuhr als Kandidaten der demnächst stattfindenden Parteiversammlung vorzuschlagen. Molkenbuhr hat sich bereit erklärt, die Kandidatur anzunehmen.

Zur Arbeiterbewegung.

In Mülheim a. d. Ruhr fordern die Maurer den Zehnstundentag und 45 Pf. Stundenlohn. Da die Unternehmer nicht einmal eine Antwort gaben, wurde in einer Versammlung der Streik beschlossen. Die Kündigung läuft am 10. Juli ab. Zuzug ist streng fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

In Weimar dauert der Streik der 26 Arbeiter der Meyerschen Zigarrenfabrik unverändert fort. Unterstützungen sind zu senden an Joh. Hemmrich, Friesstr. 3.

Im Zentralverein der Brauer Deutschlands ist zum erstenmale eine Urabstimmung vorgenommen worden und zwar handelte es sich um die Fragen, ob der Streikfonds obligatorisch eingeführt werden solle, wie hoch der Monats-Beitrag für diesen zu bemessen sei und ob und durch wen die Bostoner Generalversammlung der amerikanischen Brauergewerkschaft beschickt werden solle, von welcher an die Deutschen Einladung ergangen war. Das Ergebnis der Abstimmung war folgendes: Es beteiligten sich nur etwa die Hälfte der arbeitenden Mitglieder. Für die obligatorische Einführung des Streikfonds stimmten 2510 Mitglieder, dagegen 1357. Für 10 Pf. Monatsbeitrag stimmten 1079, für 15 Pf. 28 Mitgl., für 20 Pf. 1131 Mitgl., für 25 Pf. 92 Mitgl., für 30 Pf. 72 Mitgl., für 40 Pf. 46 Mitgl., für 50 Pf. 37 Mitgl., für 100 Pf. 19 Mitglieder. Für die Beschickung der Bostoner Generalversammlung stimmten 2937 Mitglieder. Der Verbandsvorsitzende Wiehle erhielt mit 1996 die meisten Stimmen.

Hamburg. Die Montag stattgefundene Versammlung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands wurde durch die Erstattung des Berichts auswärtiger Delegierten ausgefüllt.

Aus dem Auslande.

Die Textilarbeiter werden vom 9. bis 14. August in Roubaix ihren dritten internationalen Kongreß abhalten. Es werden Vertreter erscheinen aus Frankreich, England, Deutschland, Belgien, Holland, Dänemark, Spanien, Oestreich, Italien, Schweiz und Amerika.

Italien. In Cremona durchzogen am Montag Scharen von Seidenspinnerinnen die Stadt und die Vororte und erzwangen überall die Einstellung der Arbeit. Die Polizei war machtlos. In Biella begann ein partieller Streik der Arbeiter der Tuchfabriken.

Bei einem Zusammenstoß in Monestirolo, Provinz Ferrara zwischen Landarbeitern und Soldaten gab es fünf durch Schußwaffen Verwundete. Die Bewegung dehnt sich über die gesamte Po-Niederung, von Vercelli bis Ferrara, aus; doch gewähren meistens die Grundbesitzer die Forderungen der Landarbeiter und kommen so dem Streik zuvor.

Belgien. Aus Mons wird von bürgerlicher Seite berichtet: Die Kaufleute verweigern den streikenden Bergleuten jeden Kredit, da die Bergleute noch nicht alle Schulden abgetragen hätten, die sie während des allgemeinen Ausstandes im Jahre 1894 gemacht haben.

England. Der Maschinenbauerstreik in London, der am Sonnabend ausbrach, dürfte eine große Kalamität für den Schiffsbau werden. Es würden wahrscheinlich 50000 Mann die Arbeit niederlegen.

Amerika. In den Kohlenrevieren von Pennsylvanien, Ohio, Indiana, Illinois und West-Virginien ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, an dem ca. 250000 Mann beteiligt sein sollen.

Aus dem Kohlenbezirke von Zeitz-Weißenfels.

Hohenmölsen, 5. Juli.

In Taucha bei Hohenmölsen fand am Sonntag eine Bergarbeiterversammlung statt, in welcher Kamerad Bonack aus Luckenau referierte und die Errungenschaften des Streiks klarlegte. Er ermahnte zur Wiederaufnahme der Arbeit, da der Friede ein ehrenvoller und nicht ohne Vorteile sei. Die Abstimmung ergab 32 Stimmen für Wiederaufnahme der Arbeit, 6 dagegen. Mit dem Gelöbnis, fest zu halten am Verbande und ihm immer neue Mitglieder zu werben, wurde die Versammlung mit einem dreifachen „Glück auf“ geschlossen.

Teuchern, 5 Juli.

Eine am 3. Juli im Grünen Baum stattgehabte, von etwa 500 Bergleuten besuchte Versammlung gelangte nach einem Referate des Kameraden Gebhardt über die Situation und die mit dem Landrat v. Richter gepflogenen Verhandlungen in geheimer Abstimmung mit 208 gegen 28 Stimmen — die zahlreichen Bergleute, die bereits wi der angefahren waren, enthielten sich der Abstimmung — zu dem Entschlusse, die Arbeit am 5. Juli wieder aufzunehmen, und mit den Grubenverwaltungen durch die Arbeiterausschüsse der einzelnen Gruben zu verhandeln. Die Versammlung verlief ruhig, und den Bergarbeitern liegt es volländig fern, entmutigt zu sein. Der Streik hat ihnen zwar nicht alles gebracht, was sie forderten, aber er hat ihnen doch Vorteile zugesichert, an deren Gewährung noch vor zwei bis drei Wochen die Grubenverwaltungen nicht dachten.

Zembschen, 5. Juli.

Im hiesigen Gasthofe wurde am Sonntag eine gutbesuchte Versammlung abgehalten. Das einstündige, ruhige und klare Referat des gemaßregelten Kameraden Gebhardt führte zu dem Beschlusse, die Arbeit vorläufig wieder aufzunehmen, dem Verbande immer neue Mitglieder zuzuführen und für die Gemaßregelten mit allen Kräften einzutreten. In seiner Rede wies Kamerad Gebhardt darauf hin, daß ein wirtschaftlicher Kampf, wie die Bergleute ihn gegen das Grubenkapital führen müssen, nur dann erfolgreich sein kann, wenn eine gefestete, alle Kameraden umfassende gewerkschaftliche Organisation dahinter steht. Das Kapital lauert nur auf die Uneinigkeit unter den Arbeitern, um ihnen die errungenen Vorteile wieder zu entziehen. Genosse Recknagel aus Weißenfels geißelte die verlogenen Berichte der gegnerischen Presse und forderte die Bergleute auf, nur das Arbeiterorgan, das Volksblatt für Halle, zu lesen.

Ausgesperrt wurden auf Grube Neue Sorge bei Zeitz 12 Mann. Der Obersteiger erklärte, vielleicht könne in 10—14 Tagen die Einstellung erfolgen oder die Gemaßregelten könnten auf Grube Jacob bei Trebnitz im Tagebau Beschäftigung finden. Betreffs des Abkehrs für den Fall, daß die Arbeiter andere Arbeit fänden, gab der Obersteiger keine Antwort.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 5. Juli 1897.

(Fortsetzung aus der Beilage.)

Punkt 10. **Prinzipielle Genehmigung eines mit der Halleschen Straßenbahn-Aktiengesellschaft zu vereinbarenden Vertrages.** Die Bahn beabsichtigt bekanntlich die Einführung des elektrischen Betriebes nach dem gemischten System (unter Benutzung von Accumulatoren in der inneren Stadt und von oberirdischer Leitung in den Außen-Bezirken), sowie die Verlängerung des mit der Stadtgemeinde bis 1917 abgeschlossenen Vertrages auf weitere 12 Jahre bis zum 30. September 1929. Der Magistrat beantragt die Zustimmung hierzu, sofern die gedachte Bahn folgende Verpflichtungen übernimmt:

1. Die Straßenbahn-Gesellschaft baut und setzt in Betrieb die angebotene Linie Post — Kröllwitz (Hauptpost Halle, Friedrichstraße und -Platz, Mühlweg, Bernburgerstraße, Triftstraße, Wettinerplatz, Brunnenstraße, Fährstraße, Kröllwitz bis zu Rothnicks Konditorei) binnen einer Frist von einem Jahre nach Erlangung der behördlichen Genehmigung.

2. Unter den Voraussetzungen des § 4 des Fusionsvertrages vom 31. Juli 1895, jedoch frühestens 7 Jahre nach Einführung des elektrischen Betriebes, ist dieselbe zum Bau und Betrieb von 4 weiteren Kilometern Bahn verpflichtet.

3. Die Stadtgemeinde ist berechtigt unter den Bedingungen des § 18 des Fusionsvertrages, jedoch ebenfalls frühestens sieben Jahre nach dem in Nr. 2 bezeichneten Zeitpunkt das gesamte Unternehmen anzukaufen.

4. Der für die alte Linie eingeführte 5 Minutenbetrieb sowie die für dieselbe geltende Tagesfahrzeit wird auf die neue Linie Post — Kröllwitz mit der Beschränkung ausgedehnt, daß während der Wintermonate der Betrieb auf der Strecke Burgstraße — Kröllwitz bereits um 9 Uhr abends eingestellt werden darf. Auch wird das Recht eingeräumt, daß an der Ecke des Mühlweges und der Bernburgerstraße die Fahrgäste aus den Wagen der alten Linie in die der neuen Linie und umgekehrt unentgeltlich umsteigen dürfen. — Der 10 Pf.-Tarif findet ebenfalls Anwendung auf die neue Linie bis zum Endpunkt in Kröllwitz. Dagegen wird für den Fall der Fortführung dieser Linie bezüglich einer sonstigen Herstellung der unter Nr. 2 übernommenen 4 Kilometer die Festsetzung des Fahrplans und Tarifs für dieselben einer besonderen Vereinbarung mit der Stadtgemeinde vorbehalten.

5. Die Bestimmung des § 11 des Vertrages vom 24. Juni 1882 über den Anteil der Stadt am Bruttoertrag wird auf die neue Linie ausgedehnt.

6. Die nach § 17 letzteren Vertrages nur noch 10000 M. betragende Kaution wird entsprechend erhöht.

7. Der Vorbehalt, daß die Bahn durch andere Straßenbahnen gekreuzt und neben ihr auf Strecken bis zu 200 Metern eine weitere Bahn angelegt werden darf, ist auf die neue Linie auszudehnen.

8. Die für den Bau und Betrieb der elektrischen Bahn im Fusionsvertrage festgestellten Bedingungen sind im übrigen dem neu aufzustellenden Vertrag zu Grunde zu legen. Namentlich ist eine besondere Genehmigung nach Maßgabe der Vorschläge der Straßenbahn Kommission im Protokoll vom 18. Mai bezüglich der Schienen, der Form und des Aufstellungsortes der Masten und der Bauausführung &c. der Wagen vorzubehalten.

Der Referent der Straßenbahn-Kommission, Stadtv. Schütte, empfiehlt die Annahme der Magistratsvorlage. Bei Satz 3 erwähnt derselbe, daß andere große Städte, wie jetzt Frankfurt a. M., das Bestreben haben, solche Unternehmungen in eigene Regie zu übernehmen, um sich dadurch eine Einnahmequelle zu verschaffen. Ref. teilt mit daß die Straßenbahn-Gesellschaft ihr Anlagekapital von 1⅓ Millionen Mark auf 2 Millionen erhöhen will und daß die den elektrischen Betrieb einrichtende Berliner Aktiengesellschaft „Union“ sich an dem Unternehmen finanziell beteiligen will.

Der Ref. der Baukommission, Stadtv. Friedrich, erklärt, die Bau- und die Finanz-Kommission haben folgende Abänderungen zu empfehlen beschlossen: Bei Satz 4 Einschränkung des Betriebs vom 15. Oktober bis 15. März, bei Satz 6, Erhöhung der Kaution auf 25000 M., bei Satz 8 Vergrößerung der Perrons der Wagen auf 1½ Meter Länge bei eventueller Verkürzung des Innenraums derselben um einen Sitzplatz. Bei Fahrdammbreiten der Bahnstraßen von 7½ Meter sollen doppelte Geleise gelegt werden und sollen nur solche Schienen zugelassen werden, deren Konstruktion eine durchaus stabile und die Pferdehufe gegen das Festklemmen sichernde ist. Auch soll der Gesellschaft die Verpflichtung auferlegt werden zur schnellen Beseitigung des behufs Freilegung der Geleise beiseite geschobenen Schnees. — Der Ref. der Finanzkommission Stadtv. Keil, bezeichnet die Genehmigung des Vertrages als etwas Unumgängliches, wenn nicht der Pferdebetrieb verbleib soll, denn die Stadt wird kaum in die Lage kommen, die Bahn zu erwerben da sie eine 5 prozentige Rente zu gewähren nicht im stande sein werde. — Stadtv. Krüger spricht gegen die Ausdehnung der Kontraktsdauer auf weitere 12 Jahre und beantragt, nur 6 Jahre zu gewähren, also bis 1923. Es sei ja schon vom Ref. Schütte gesagt, daß andere Städte bereits beabsichtigen, durch Selbstbetrieb der Straßenbahnen sich Einnahmequellen zu verschaffen und der Staat hat durch die Uebernahme der Privatbahnen gezeigt, daß solche Unternehmungen von Vorteil sind. Was für den Staat gut und nützlich ist, wird für die Stadt nicht von Schaden sein. Redner meinte auch, daß, wenn das physikalische Institut der Entwickelung des Verkehrs ein Hindernis werden sollte, es doch richtiger wäre, dies Institut anderweit hin zu verlegen. — Nachdem Bürgermeister v. Holly hiergegen gesprochen und Stadtv. Friedrich noch dem Magistrat anheim gegeben, bei der Ausführung der Arbeiten die einheimische Industrie zu berücksichtigen, wird vorstehende kontraktliche Festsetzung mit den Abänderungen und Zusätzen der Bau- und der Finanzkommission im Prinzip genehmigt.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 6 Juli 1897.

* **Achtung, Maurer!** Die Leipziger Maurer ersuchen dringend um Fernhaltung jeglichen Zuzugs so lange der Streik andauert. In bürgerlichen Blättern werden Maurer bei 45 Pf. Stundenlohn nach Leipzig gesucht.

* **In geschlossener Sitzung** der Stadtverordneten Versammlung entspann sich generell eine lange Debatte über einen Antrag des Magistrats, für die erste Polizeisekretärstelle den Posten des Steuerkassen-Rendanten in die Gehaltsklasse 1a einzureihen. Eine definitive Abstimmung konnte jedoch nicht erfolgen, da sich bei Vornahme derselben die Beschlußunfähigkeit der Versammlung herausstellte.

* **Die Firmenverordnung** ist nun in Kraft getreten; auf den Geschäftsschildern sind die Namen der Geschäftsinhaber mit vollem Vor- und Zunamen zu lesen. Wir haben uns schon deutlich darüber ausgesprochen, wie überflüssig und verfehlt in der Erreichung des angestrebten Zieles die Verordnung ist. Dieselbe hat aber noch eine andere sehr bedenkliche Seite. Es mag ja vereinzelt vorkommen, daß die Uebertragung des Geschäfts auf die Frau oder ein anderes Familienglied zum Zwecke betrügerischer Manipulationen erfolgt. Aber in den weitaus meisten Fällen ist das nicht der Grund zur Geschäftsübertragung an andere, sondern gewöhnlich liegt der Fall so, daß der Mann schon einmal wirtschaftlichen Schiffbruch erlitten hat und daß er sich des Eigentums entsagen mußte, wollte er nicht fortgesetzten Pfändungen ausgesetzt sein. Wie es nun einmal in unserem herrlichen Gegenwartsstaate ist, bedeutet die Aufgebung des Eigentums der Welt gegenüber zugleich das Aufgeben eines Teils der Persönlichkeit. Das weiß jeder; wenn trotzdem so viele Geschäftsleute ihr Geschäft nicht im eigenen Namen führen, so müssen sie dafür sehr gewichtige Gründe gehabt haben, denn seiner Persönlichkeit entäußert sich niemand gern. Das Aufgeben des Besitzes ist für den Geschäftsmann eine Art des gesellschaftlichen Selbstmordes. Wozu also ohne Not die Wunden aufreißen? Warum muß alle Welt sehen können, wer der Besitzer eines Geschäfts ist? Welches Interesse hat der Fernstehende daran, wenn es nicht die kleinstädtigste, krähwinkelhafteste Klatschsucht und kleinliche Schadenfreude ist? Nur der Warenlieferant muß wissen, mit wem er es zu thun, an wen er sich zu halten hat. Er erfährt das aber bei Anknüpfung der Geschäftsverbindung auf eine einfache Anfrage. Warum dehnt man die Verordnung z. B. nicht auf die Hausbesitzer aus? Mit demselben Rechte, wie die Namensnennung des Eigentümers eines Geschäfts verlangt wird, könnte man auch vorschreiben, daß an jeder Hausthür der Name des „wirklichen“ Hausbesitzers verzeichnet steht. Da könnte man sein blaues Wunder erleben, und viele Großthuer von Hausbesitzern, die jetzt ihrer sittlichen Befriedigung über „Verhinderung des Schwindels“ durch die Firmenverordnung Ausdruck geben, würden dann recht kleinlaut werden, denn auch ihre Häuser gehören nicht ihnen selbst, sondern der Frau, dem Kinde oder sonstwem. Die Firmenverordnung wird nicht das erzielen, was erzielt werden soll; wohl aber zwingt sie die vielen, vielen Existenzen, die schon einmal Schiffbruch erlitten haben, aber durch fleißige Arbeit wieder zur wirtschaftlichen Gesundung gelangen möchten, gewissermaßen zur geschäftlichen Prostitution.

* **Die Auflösung einer Versammlung** wegen Eintritts der Polizeistunde ist nach einem kürzlich ergangenen Erkenntnis des Oberverwaltungsgerichts unzulässig. Da sowohl hier wie in benachbarten Städten schon mehrfach der Versuch gemacht worden ist, Versammlungen unter Berufung auf den Eintritt der Polizeistunde vorzeitig zu schließen, sei auf die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts aufmerksam gemacht.

* **Ein Pferd** stürzte heute vormittag bei den Aufschüttungsarbeiten im Graben neben der Moritzburg den steilen Hang herunter. Der Wagen überschlug sich und blieb oben liegen. Erst nach fast zweistündigen Bemühungen gelang es, das geängstete Tier mittels Flaschenzugs wieder in die Höhe zu bringen.

* **Haushaltungsschulen.** Zwei neue landwirtschaftliche Haushaltungsschulen sollen in der Provinz Sachsen, eine in der Altmark, die andere im Reg.-Bez. Erfurt für junge Mädchen gegründet werden. Hierzu sind im Haushaltsplan der Provinzial-Verwaltung 30000 M. ausgeworfen.

* **Gestorben** sind im Laufe der vergangenen Woche an: Blasengeschwulst 1, kapillärer Bronchitis 1, Krämpfen 4, Schlaganfall 2, Meningitis 2, Brechdurchfall 13, Diphtherie 1, Darmtuberkulose 1, Masern 2, Neubildung der Lunge und des Gehirns 1, Schwäche 8, Leukämie 1, Darmkatarrh 6, Herzbeutelentzündung 1, Magenkrebs 2, Lungenentzündung 2, Altersschwäche 1, Herzschlag 1, Seropneumothorax 1, Bruch der Schädelbasis 1, Lungenemphysem 1, Knochenfraß 1, Herzschwäche 1, Leberleiden 1, Hitzschlag 1, Herzlähmung 1, eitriger Bauchfellentzündung 1, Dickdarmentzündung 1, Unterleibsentzündung 1, Darmkrebs 1, starker Verbrennung 1, Selbstmord durch Erhängen 2, zusammen 65 Personen, darunter 4 in hiesigen Krankenanstalten verstorbene Ortsfremde.

Schkeuditz. Am 2. Juli wurde in der Elster, unweit der Mittelbrücke, die Leiche eines Mannes gefunden. Dieselbe war ziemlich gut bekleidet und war bereits stark verwest. Ausweis-Papiere wurden bei dem Toten nicht gefunden, nur ein ungezeichnetes Taschentuch. — Ein schwerer Unglücksfall passierte am 3. Juli in der Mühlpickenfabrik von J. C. Capka. Der Lehrling Stiebe kam mit der rechten Hand in die Transmissions-Anlage und mußte nach Anlegung eines Verbandes in die Klinik nach Halle gebracht werden. — In der Teerfabrik von C. M. Weber zersprang ein Ballon mit Salzsäure infolge schlechter Verpackung, und verbrannte den Arbeiter am Fuße, so daß derselbe arbeitsunfähig ist.

Schkeuditz. In Hänichen wurde am Sonntag ein Arbeiter-Verein gegründet, dem sofort 34 Mitglieder beitraten. Genosse Hänisch aus Leipzig hielt einen Vortrag über moderne Arbeiterbewegung.

Ammendorf. Ertrunken ist beim Baden in der Elster am Sonnabend abend der 18 Jahre alte Arbeiter Kohle.

Wörmlitz. Am Sonnabend ertrank der 70jährige Nachtwächter Alb. Jacob, als er von einer Saalewiese auf einem deckten Kahne Heu nach seiner Behausung überfahren wollte.

Kleine Provinzial-Chronik. In Roßla (Harz) brannten in der Nacht vom 3. zum 4. Juli mehrere Gebäude nieder. Die vollständige Windstille hinderte ein weiteres Umsichgreifen der Feuersbrunst. — In Hottelstedt (Weimar) ist der Landwirt Amandus Hose durch ein Versehen vom Bürgermeister K. aus Dielsdorf auf dem Anstand erschossen worden. — In Erfurt ist wieder ein Sittlichkeitsverbrechen an einem achtjährigen Mädchen vorgenommen worden und zwar durch einen 77jährigen Greis. — In Löbejün fand ein neunjähriger Knabe Franz Wießner, Sohn des Steinbrechers W., in der elterlichen Wohnung eine Patrone, wie sie im Steinbruch zum Sprengen der Felsmasse benutzt werden. Der Kleine suchte das Spielding durch einen Hammerschlag zu öffnen. Ihm wurden die beiden Mittelfinger der linken Hand und das Knie verletzt. — In Gardelegen wurde der neunjährige Sohn Fritz des Amtsrichters Peters von einem 17jährigen Burschen aus Kloster Neuendorf in den Wald gelockt und durch Messerstiche an Hals und Kopf so schwer verletzt, daß er bereits verstorben ist.

Vermischtes.

* **Einer der „Besten und Edelsten.“** Fürst Blücher v. Wahlstatt war mit einem Satze von 14½ M. jährlich zu den Kreisabgaben herangezogen worden. Er hatte dagegen Einspruch erhoben: er sei überschuldet, habe aus seinen Gütern keine Einnahme, die Oestreichisch-ungarische Bank in Budapest habe mehrere

100000 Gulden von ihm zu fordern. Diese Angaben erwiesen sich als **unwahr**. Fürst Blücher wurde zur Zahlung **verurteilt**.

* **Wilhelm** II. hat am Montag seine Nordlandreise angetreten. Soweit die Regierungskrisis noch nicht gelöst ist, wird sie also bis zur Zurückkunft des Kaisers, die erst nach mehreren Wochen erfolgt, in der Schwebe bleiben.

* **Ueberschwemmungen** haben in der Gascogne (Südwest Frankreich) große Verheerungen angerichtet. Der Adour und die Garonne mit ihren Nebenflüssen Save und Gers sind aus den Ufern getreten. Durch die Garonne sind oberhalb Toulouse einige Dörfer überschwemmt. In der Stadt Auch sind durch das Hochwasser des Gers zahlreiche Personen ertrunken, zahlreiche Häuser eingestürzt, andere erschüttert. Vierzehn Leichen wurden aus dem Wasser gezogen. Die Save hat in Isle en Dodon 40 Gebäude zerstört, wobei dreizehn Personen ums Leben gekommen sind. In Saint Laurent hat die Save 30 Gebäude zerstört, wobei drei Personen den Tod gefunden haben.

Nach dem Matin beträgt die Zahl der bei den Ueberschwemmungen in Südfrankreich um das Leben gekommenen Personen über 50. Im Krankenhause zu Auch wurde die Decke des ersten Stockwerkes durchbrochen, hier ertranken sieben Personen. In Ardiège wurde durch die Ueberschwemmung in einem Kaufladen eine Explosion von Chemikalien herbeigeführt, wobei drei Personen getötet wurden.

* **Eine technische Zukunftsphantasie.** Die neuen, aus der Tagespresse genügend bekannten Versuche Marconi's, ohne Draht zu telegraphieren, haben den bekannten Elektrotechniker Professor Ayrton zu folgenden schwungvollen Ausführungen über den zukünftigen direkten Verkehr zwischen räumlich weit getrennten Personen begeistert: „Magst du und ich auch schon längst vergessen sein, der Tag wird sicherlich kommen, da Kupferdrähte und Guttapercha Umhüllungen nur noch in Altertumsmuseen zu finden sein werden Wenn jemand sich mit einem Freund unterhalten will, von dem er gar nicht weiß, wo er ist, so wird er mit einer elektromagnetischen Stimme rufen, die von dem, der das elektromagnetische Ohr dazu hat, deutlich gehört wird, die aber stumm für jeden anderen ist. Er wird rufen: Wo bist du? und die Antwort wird deutlich an sein Ohr schallen: Ich bin auf dem Boden einer Kohlengrube oder auf dem Rücken der Anden oder mitten auf dem Stillen Ozean, oder vielleicht wird die Antwort ausbleiben, und er darf dann annehmen, der Freund sei tot. Wir sprechen jetzt von einem Zimmer in das andere, dereinst aber werden wir von Pol zu Pol sprechen, laut für jeden, der hören soll und will, unvernehmbar für jeden anderen."

* **Lebenszähigkeit gewisser Insekten.** Ein Mitarbeiter des American Naturalist sammelte im vorigen Jahre Larven von einer Fliege, die in den Wassern des großen Salzsees in den westlichen Vereinigten Staaten leben und ließ dieselben zunächst zehn Tage in dem Salzwasser, um sie dann in einer Flasche mit dreiprozentigem Formalin aufzubewahren. Nach weiteren zehn Tagen nahm er das Glas wieder vor, und fand von den darin enthaltenen Larven, trotz der ungemeinen Schärfe der genannten Flüssigkeit, noch drei derselben am Leben. Derselbe Naturforscher beobachtete eine Heuschrecke oder vielmehr einen traurigen Bruchteil einer solchen, der nur aus dem Vorderleibe und dem Kopfe bestand, während der übrige Körper fortgerissen war, dieses verstümmelte Insekt brachte es fertig, noch 9 Tage lang zu leben. Die amerikanische Zeitschrift Chemi endlich macht die Mitteilung, daß dem Leib einer Forelle, welche nach ihrem Tode noch stundenlang gelegen hatte, bevor sie geöffnet wurde, sich Käfer lebend vorfanden. Diese Tiere wurden als Kuriosität aufgehoben, und ihre Gesundheit schien nicht im geringsten durch die Gefangenschaft in dem Tierleibe gelitten zu haben.

Aus dem Reiche.

Berlin. Gegen den Schriftsteller Dempwolf, der zur Zeit der Zentenarfeier in drei anarchistischen Versammlungen referierte, ist Anklage wegen Aufreizung erhoben worden. Die Anklage auf Hochverrat ist zurückgezogen worden.

Berlin. Schulstatistik. In Berlin wirken an den 213 Gemeindeschulen, deren letzte aber die Nummer 215 trägt, da in der Reihe zwei Schulen fehlen, zur Zeit 213 Rektoren, 2091 ordentliche Lehrer, 35 interimistisch angestellte Lehrer, 114 Hilfslehrer, 21 Vertreter, 1192 ordentliche Lehrerinnen, 57 interimistisch angestellte Lehrerinnen und 105 Vertreterinnen; in Summa 3828 Lehrkräfte d. h. genau 100 mehr als im Vorjahre. Dazu kommen noch 626 technische Lehrerinnen (1895: 571), so daß an den Gemeindeschulen im ganzen 4454 Personen gegen Entgelt beschäftigt sind Dazu kommt alsdann noch eine große Anzahl von Hospitantinnen, d. h. jungen Damen, die in Lehrerinnenstellen einrücken wollen, bis dahin aber die Verpflichtung haben, durch Hospitieren in den verschiedenen Klassen ihre pädagogischen Kenntnisse zu erweitern. Auf jede Gemeindeschule kommen durchschnittlich 17,42 Klassen mit 910 Schülern, auf jede Klasse 52 23 Schüler. Die Gesamtzahl der Klassen beträgt 3710 (gegen 3582 im Vorjahre) und die der Schüler 193 763 (188 375), so daß im letzten Jahre eine Vermehrung um 128 Klassen und 5388 Schulkinder stattgefunden hat. Trotzdem hat sich die Zahl der Schulen nur um eine einzige vermehrt, was daher kommt, daß zwei Anstalten (die 3. und 70. Gemeindeschule) wegen Schülermangels aufgelöst worden sind. Die Gemeinde- und sämtliche Privatschulen werden in zehn Kreise eingeteilt, an deren Spitze je ein Schulinspektor steht. Das Gemeindeschulwesen erfordert im laufenden Jahre einen Aufwand von 11 393 700 M., denen nur eine Einnahme von 103 200 M. gegenübersteht, so daß seitens der Stadt ein Zuschuß von 11 290 500 M. erforderlich wird. Jedes Gemeindeschulkind verursacht demnach der Stadt eine jährliche Ausgabe von 58.27 M. Ganz bedeutend größer ist der Beitrag, den die Stadt für den einzelnen Schüler auf höheren Lehranstalten zu zahlen hat (200 bis 400 M.)

Potsdam. Ein Doppelmord und Selbstmord fand im Gasthof „Zur Stadt Wittenberg" statt. Dort wohnte ein 35 Jahre alter Mann mit zwei Knaben im Alter von 11 und 8 Jahren. Als die Fremden sich längere Zeit nicht hatten sehen lassen, schritt man zur gewaltsamen Oeffnung des Zimmers. Der Vater lag mit geöffneten Pulsadern am Boden, auf dem Sofa lagen die Leichen der beiden Knaben. Nachmittags wurde der Unglückliche von aus Berlin herbeigeeilten Verwandten als ein Bureau Assistent von dort erkannt.

Eisenach. Der ärztliche Bezirksverein will hier auf seine Kosten ein großes Volksbad mit Schwimmbassin errichten, um auch dem Unbemittelten das Baden zu jeder Jahreszeit zu ermöglichen.

Dessau. Am Donnerstag **ertrank** in der Militär-Schwimmanstalt der Musketier Nebe aus Rieder (Harz).

Saalfeld. Thüringischer Städteverband. 78 Vertreter von thüringischen Städten verhandelten am 2. und 3. Juli in Saalfeld über die Aufhebung der Jahrmärkte, über den Schutz der Armenverbände gegen Ausbeutung (!) durch Arbeitsscheue (!), über Ersetzung der Nachtwächter durch Schutzmannschaften, über Kanalisierungen, Luxus- und Umsatzsteuern u. a.

Ilmenau. Eine gemütliche Polizeiverwaltung. Die Ilmenauer Polizeibehörde macht bekannt: „Es wird darauf hingewiesen, daß die Straßenlaternen von den von uns Beauftragten gelöscht werden, andere sich also deswegen nicht zu bemühen brauchen." Die zarte Anspielung gilt den Schülern des Technikums, die nach dem Muster höherer „Studenten" sich nächtliche Streiche erlauben, die man bei einem Arbeiter „groben Unfug" nennen und als solchen bestrafen würde.

Goßlar. Unsere Schießwaffen. Die Goslarer Garnison hielt an der Ostseite des Dörpkethales Schießübungen ab. Auf der Westseite, 1910 Meter — also eine volle Viertelmeile — davon entfernt, wurde die Waldarbeiterin Wilhelmine H. aus Wolfshagen von einer verirrten Kugel getroffen. Der nächste Absperrungsposten stand 500 Meter weit entfernt.

Gießen. Sehr mildes Urteil. Vier ehemalige Laubacher Gymnasiasten hatten in trunkenem Uebermut Ende November vorigen Jahres auf dem Ramsberge die dortige Schutzhütte in vandalischer Weise zerstört. Für diesen Bubenstreich erhielten dieselben von der Gießener Strafkammer Geldstrafen zudiktiert. Die Staatsanwaltschaft hatte Gefängnis beantragt, allein der Gerichtshof entschied sich für eine Geldstrafe, „um den jungen Angeklagten die Zukunft nicht zu verderben."

Litteratur.

Wolfgang Heine: „Die Sozialdemokratie und die Schichten der Studierten", ein Vortrag, gehalten am 25. Mai 1897 im Feenpalast zu Berlin. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin C. 22, neue Schönhauserstraße 17. 16 S. gr. 8. Preis 20 Pf. Porto 3 Pf.

Es ist zu begrüßen, daß Reichtsanwalt Heine den Vortrag einer breiteren Oeffentlichkeit übergeben hat, der berechtigterweise so großes Aufsehen erregt und schon eine Besprechung im preußischen Herrenhause gefunden hat. Um so dankenswerter, als die durch Eigenartigkeit des Gedankenganges wie durch Feinheit der Form gleich ausgezeichnete kleine Schrift in aller Kürze eine zusammenfassende Darstellung des Marxismus und der wichtigsten Gedanken des Sozialismus bietet. In wirkungsvoller Weise werden in erster Reihe diejenigen Einwände gegen den Sozialismus besprochen, welche von national-sozialer Seite erhoben werden, zu der sich jetzt alles flüchtet, was innerhalb unserer Intelligenz das Bedürfnis zu sozialer Bethätigung und Stellungnahme verspürt, vor dem engen Anschluß an die antinationale, antimonarchische und revolutionäre Sozialdemokratie aber, gewissermaßen aus Gefühlsgründen, noch zurückschreckt. Gegen diese drei Vorwürfe sagt die Schrift alles, was nur gesagt werden kann, in so beweiskräftiger Weise, daß sie ihre Wirkung in den Kreisen, die die gesellschaftliche Entwickelung langsam aber stetig einer proletarischen Lebenshaltung zutreibt, nicht verfehlen wird. Die Lektüre des hübsch ausgestatteten Heftchens ist ebenso genußreich wie anregend und kann sehr empfohlen werden, zumal der billige Preis jedem die Anschaffung ermöglicht.

Heiteres.

— Ein Leutnant, der auf dem Fahrrad einen bekannten, älteren Herrn grüßt, verliert dadurch das Gleichgewicht, fährt wider Willen auf den letzteren zu, überrumpelt ihn und beide kommen zu Fall, ohne jedoch Schaden zu nehmen. Herr: „Sie lernen es wohl erst?" — Leutnant: „Nein — kann es schon!"

Quittung

Für die streikenden Bergarbeiter:

Von den Malern der Franzschen Werkstatt durch Haring 4 M. B. G. Sp. Von drei minderjährigen Lausejungen beim Kartenspiel 1 26 Mk.

Für die ausgesperrten dänischen Metallarbeiter:
1. Rate 4 65 Mk. erhalten. Fr. Schneckenburger.

Briefkasten der Redaktion

Sprechstunde der Redaktion mittags von ½12 bis ½1 Uhr.

Die Redaktion fühlt sich nicht verpflichtet, auf Anfragen briefliche Auskunft zu erteilen, auch dann nicht, wenn eine Briefmarke beigelegt ist.

Manuskript Blätter sind nur auf einer Seite zu beschreiben.

Manuskripte sind mit Tinte zu beschreiben.

Wildschütz. Genauer lesen, lieber Freund! Wir haben Ihnen schon im Briefkasten mitgeteilt, daß Sie die Schießerlaubnis bei Ihrer Ortsbehörde einzuholen haben.

O S. 126. 1. Sie können sofort ausziehen ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. 2. Erstatten Sie Anzeige, dann erfolgt Bestrafung. Sie können natürlich auch die Scheidungsklage einleiten.

Ed. Z. Genosse Bebel hat keinen Sohn, Liebknecht hat mehrere Söhne.

L. R. Daß unter gleichen Verhältnissen der Alkoholiker weit eher von einem Hitzschlage betroffen wird als jemand, der sich vom Alkoholgenuß fernhält, unterliegt keinem Zweifel.

R. L. Warum soll die Kündigung nicht auch außerhalb der Wohnung ausgesprochen werden können?

Osterfeld. Sie müssen, wenn Sie klagen wollen, den Weg der Privatklage beschreiten, also die Betreffende zunächst vor den Friedensrichter laden. Von einem strafbaren „Einbruche" kann übrigens nicht die Rede sein. Wahrscheinlich wird das Gericht auch nur das Vorhandensein einer thätlichen Beleidigung annehmen. Wir können nach alledem nicht finden, daß der Bürgermeister inkorrekt gehandelt hat.

Standesamtliche Nachrichten.

Giebichenstein, vom 30. Juni bis 2. Juli.

Aufgeboten: Der Gärtnereibesitzer Fruth und Marie Poßner (Peißen und Burgstraße 25). Der Kupferschmied Zelitto und F. L. Apel (Cochstedt).

Eheschließungen: Der Handarbeiter Berger und Friederike Straube geb. Holland (Auguststraße 58). Der Schuhmacher Santin und Luise Simon (Reilstraße 26).

Geboren: Dem Maurer Henze ein S. (Auguststraße 63). Dem Zimmermann Bock ein S. (Klausbergstraße 4). Dem Tischler Hoffmann ein S. (Seydlitzstraße 1). Dem Kaufmann Taubert ein S. (Auguststraße 53). Dem Straßenbahn-Kutscher Richter ein S. (Triftstraße 27). Dem Gastwirt Schweineberg eine T. (Triftstraße 2). Dem Kernmacher Riemer eine T. (kleine Breitenstraße 12). Dem Fabrikarbeiter Frentzel eine T. (Triftstraße 6).

Gestorben: Des Handarbeiter Herrmann T., 8 Mon. (Reilstraße 40). Des Fleischer Thormann S., 6 Mon. (Schmelzerstraße 2). Des Maurer Henze T., 1 J. (Wittekindstraße 33). Des Schlosser Weber T., 2 Wochen (Triftstraße 3). Des Glasermeister Henkel S., 10 Mon. (Reilstraße 8). Ein unehel. S. (Böckstraße 13). Ein unehel. S. (Triftstraße 17). Unehel. Zwill.-S. u. -T., totgeb. (Advokatenstraße 9).

Für die Redaktion verantwortlich: **Ad. Thiele** in Halle

Oeffentliche
Textilarbeiter-Versammlung
Donnerstag den 8. Juli abends 8½ Uhr im Saale der „Wilhelmshöhe".
Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Gewerkschaften. Referentin: Frau **Vogel**, Leipzig. 2. Der Kongreß der Textilarbeiter in Roubaix (Frankreich). 3. Wahl der Delegierten.
Um zahlreichen Besuch ersucht **Der Einberufer.**

Händelpark. Mittwoch den 7. Juli abends großes Frei-Konzert. Hierzu ladet freundlichst ein **Wilh. Grothe.**

Osborgs Bellevue.
Heute Mittwoch nachm. 3½ Uhr
großes Familienkonzert.

Räumungs-Verkauf.
Umzugshalber verkaufe ich einen großen Teil meiner Lagerbestände zu **bedeutend ermäßigten Preisen.**
Besonders mache auf viele **zurückgesetzte und mit kleinen Fehlern behaftete Artikel** aufmerksam, welche zu **jedem nur irgend annehmbaren Preise** verkaufe.
Porzellan, Glas und Steingut, Hänge- und Tischlampen, Ampeln, Luxuswaren, Bowlen etc., Kaffeemühlen, Plätten, Vogelbauer, Messer und Gabeln, Löffel, Emaille-Waren, Holz- und Bürstenwaren u. s. w., u. s. w.
Heinrich Jacoby
große Ulrichstraße 49.

Verein d. Viktualienhändler u. verw. Berufsgen.
Mittwoch den 7. Juli abends 8½ Uhr im Engl. Hof
Monatsversammlung
Der Vorstand.

Mittwoch den 7. Juli
gr. Schlachtefest.
Hierzu ladet frdl. ein
Herm. Matthes. Thomasiusstr. 6
Brunners Nachfolger.

Zigarren-Offerte.
Die denkbar **besten 5-Pf. Zigarren** aus alten Felix- und Sumatra-Tabaken sind:
Marke Spezialität (leicht) 100 St. 4.75.
Marke Nr. 69 (kräftig) 100 St. 4,75,
von 3 10 an portofrei durch ganz Deutschland empfiehlt
Zigarren Versandgeschäft von
Otto Wiegmann
Halle a. S., Leipzigerstraße 69.

Wer seine **Uhr gut u. billig repariert haben will,** bemühe sich zu

C. Hammer,
Uhrmacher,
42 **Leipzigerstraße** 42.
Federeinsetzen 1 M, Glas 10 ₰, Zeiger 10 ₰, Bügel 10 ₰, Schlüssel 5 ₰.
Alles unter Garantie

Achtung! Achtung!
Großes, kräftiges
Roggen-Brot
empf. **E. Eulenstein,** alter Markt 24.
Daselbst Verkaufsstelle des Allgem. u. des Giebichensteiner **Konsum-Vereins.**

Bierdruck-Apparate, Gas- und Wasser Anlagen, Reparaturen billigst
Herm Graegers Nachfolger
Aug. Hoske, Geiststr. 56.

ff. Molkereibutter
empfiehlt
Bernhard Kathe
Pfännerhöhe.

Rannischestr. Nr. 12. Franz Krug Rannischestr. Nr. 12.
Eisenwaren- u. Werkzeug-Handlung,
Magazin für Haus- u. Küchengeräte,
empfiehlt **billigst**
Schaufeln, Spaten, Maurerkellen, Wasserwagen, sowie alle anderen Gerätschaften, Werkzeuge etc. in großer Auswahl.

In Freien Stunden.
Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk.
Preis pro Heft nur 10 Pf.
In Heft 27 beginnt der spannend geschriebene und **kunstvoll** und **reich illustrierte** Roman
Der Kampf um die Scholle.
Von **Elisa Orzesko.**
Zu haben in der **Volksbuchhandlung** Bölbergasse 1.
Alle Expedienten nehmen Bestellungen entgegen.

Gummi-Stempel-Fabrik
Nicolaistr. 6.
Alfred Pfautsch, Halle

Meine Wohnung befindet sich jetzt Reilstraße 108, part.
Fr. Volckmar, Hebamme.

Meine Wohnung ist jetzt
Schwetschkestraße 12.
Frau Sänger, Hebamme.

Meine Wohnung befindet sich jetzt
Streiberstraße 20, Ecke Turmstr.
Frau A. Conrad, Hebamme.

Ich wohne jetzt
Gommergasse 5, H. p. l.
G. Gossmann, Schuhmacher.

Sämtl. Parteischriften
empfiehlt **Die Volksbuchhandlung.**

Es wird noch zu den
altbekannten Preisen besohlt:
Herrensohlen u. Absätze 1.50 M., für Damen 1.25 M., aus gutem gebrauchtem Riemenleder bei
Wilh. Mühling, Mansfelderstr. 11.

Freundl. Stube, Kammer, Küche und Zubeh. zu verm. Tholuckstr. 4 im Bäckerl.

Frdl. Schlafstelle offen Hochstr. 3, I l.

Die Beleidigung gegen die Frau **Friederike Schubert** nehme ich hiermit zurück.
C. B.

Ein großer Hund zugelaufen.
J. Wanse, Giebichenstein, Advokatenstr. 9a.

Für die Beweise der herzlichsten Teilnahme beim Hinscheiden unseres Sohnes **Rudolf** sagen wir hiermit allen Beteiligten unseren innigsten Dank.
Wilhelm Blume und Frau.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: **August Groß.** — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S. **Hierzu 1 Beilage.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970707-12/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 155. Halle a. S., Mittwoch den 7. Juli 1897. 8. Jahrg.

Erinnerung
aus Kräwinkels Schreckenstagen.

Von Heinrich Heine.

Motto: „Der Bergarbeiterstreik im Zeitz-Weißenfelser Revier ist durch „fremde Aufwiegler“ inszeniert worden.“

(Bürgerl. Blätter.)

Wir, Bürgermeister und Senat,
Wir haben folgendes Mandat
Stadtväterlichst an alle Klassen
Der treuen Bürgerschaft erlassen:

„Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.

„Ach, Gottesleugner sind es meist;
Wer sich von seinem Gotte reißt,
Wird endlich auch abtrünnig werden
Von seinen irdischen Behörden.

„Der Obrigkeit gehorchen, ist
Die erste Pflicht für Jud' und Christ.
Es schließe jeder seine Bude,
Sobald es dunkelt, Christ und Jude.

„Wo ihrer Drei beisammen steh'n,
Da soll man auseinander geh'n.
Des Nachts soll niemand auf den Gassen
Sich ohne Leuchte sehen lassen.

„Es lief're seine Waffen aus
Ein jeder in dem Gildenhaus;
Auch Munition von jeder Sorte
Wird deponiert am selben Orte.

„Wer auf der Straße räsonniert,
Wird unverzüglich füsiliert;
Das Räsonnieren durch Geberden
Soll gleichfalls hart bestrafet werden.

„Vertrauet eurem Magistrat,
Der fromm und liebend schützt den Staat
Durch huldreich hochwohlweises Walten;
Euch ziemt es, stets das Maul zu halten.“

Die moderne Arbeiterbewegung in Japan.

Der Münchener Post wird aus London Ende Juni geschrieben:

Durch die sozialdemokratische Presse Deutschlands ist kürzlich die Nachricht gelaufen, daß in Japan eine sozialistische Partei gegründet wurde. Nähere Einzelheiten fehlten und unsere Parteiblätter gaben dem Wunsche Ausdruck, etwas mehr über unser japanesischen Genossen zu erfahren.

Die in London erscheinende sozialdemokratische Justice bringt nun einen kurzen Artikel, der uns manchen Aufschluß über die Entstehung der sozialistischen Bewegung in Japan zu geben geeignet ist.

Die Justice schreibt:

„Der Sozialismus hat in ein neues Land seinen Einzug gehalten, wo er bereits feste Wurzeln geschlagen hat. Wir meinen Japan, wo kürzlich eine sozialistische Partei gegründet wurde. Dieses Land hat sich für unsere europäische Zivilisation sehr empfänglich gezeigt und als ein besonders günstiger Boden für die Entwickelung des bacillus capitalisticus. Noch sind kaum dreißig Jahre verstrichen, seitdem Japan seine große Revolution durchgemacht hatte; im Jahre 1869 machte es den Uebergang vom Feudalismus zur modernen Produktionsweise durch und letztere entwickelt sich dort mit einer Schnelligkeit und Macht, wie sie in keinem europäischen Lande zu finden ist. Der kapitalistische Bazillus, der aus England nach Japan verpflanzt wurde, fand da die günstigsten Bedingungen für sein Wachstum: eine prächtige geographische Lage, Reichtum an Mineralien aller Art und besonders eine Fülle ungemein billiger Arbeitskräfte. . . . . . Aber indem England europäische Zivilisation mit ihrem Kapitalismus nach Japan einführte, brachte es auch den Keim einer neuen Weltanschauung mit, der sich in den Köpfen der Japanesen rasch zu entwickeln scheint. . .

Es giebt sehr viele Gewerkschaften in Japan. In Tokio sind u. a. die Maschinenbauer, die Schriftsetzer, die Dekorationsarbeiter, die Bauarbeiter und Gerber organisiert, in Yokohama besonders die Weber. In fast jeder größeren Stadt Japans sind die Arbeiter in Gewerkschaften organisiert oder sind daran, Organisationen zu bilden, und dies trotz alles ökonomischen und politischen Drucks von seiten des Kapitals und der Regierung. Die englische Zeitung Japan Mail (Japanesische Post) schätzt die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf 300000, d. h. mehr als 10 Proz. aller Industriearbeiter des Landes.

Und nun zum Sozialismus.

Das erste sozialistische Werk, das in Japan erschien, war natürlich das Kommunistische Manifest. Es wurde vor zwei Jahren von einem japanesischen Offizier aus dem Englischen ins Japanesische übersetzt. Der Offizier hatte sich Studien halber längere Zeit in England aufgehalten und lernte hier den wissenschaftlichen Sozialismus kennen.

Der Sozialismus war indes schon vorher unter Studenten und Arbeitern in Japan bekannt, und das Manifest fand unter ihnen gar manchen intelligenten Leser, der im stande war, das Gelesene zu verstehen und es seinen Kameraden zu erklären.

Seit einem Jahre erscheint in Tokio eine sozialistische Zeitung, „Die Zukunft der Arbeiter“, die die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus verbreitet und die die politische Aktion als eine conditio sine qua non (unerläßliche Bedingung) der Befreiung der Arbeiterklasse erklärt.

Obwohl die Bewegung noch so jung ist, so hat ihr starkes Umsichgreifen die japanische Regierung und Bourgeoisie sehr alarmiert. Die bürgerliche Presse schreit nach Ausnahmegesetzen, erkennt aber gleichzeitig an, daß die von der modernen Wirtschaftsweise geschaffenen sozialen Uebel nur Wasser auf die Mühle der sozialistischen Agitatoren seien. Und das überale Organ Nippongia beeilt sich hinzuzufügen: „Ist aber die Lage des Arbeiters einmal verbessert, so wird die Regierung hoffentlich wohl wissen, wie sie mit denjenigen, die die Arbeiter aufreizen, zu verfahren hat.“

Ueber die numerische Stärke der Partei sagt die Justice nichts. Aber wir haben die Zahl der organisierten Arbeiter und es dürfte hoffentlich unseren Genossen nicht schwer fallen, die japanesischen Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Jedenfalls werden sie die Hilfe des arbeitenden Volkes brauchen, da bei der Urwüchsigkeit und Energie der japanischen Bourgeoisie unsere Genossen schweren Verfolgungen ausgesetzt sein werden.

Bauern und Offiziere.

Bei Wels in Oberöstreich war ein Bauer beim Heu beschäftigt, als er zu seinem Schrecken mitten durch sein Kornfeld eine Reiterpatrouille unter Führung eines Offiziers traben sah. Kaum waren diese Reiter vorüber, kamen neue, es waren Ulanen, dahergeritten. Mit Schmerz mußte der Landmann es ansehen, wie das schöne Korn von den Hufen der Pferde zerstampft wurde, und er rannte, außer sich, die Heugabel in der Hand gegen die Reiter und rief ihnen zu, sie hätten nicht das Recht, über seinen Grund und Boden zu reiten. Der sogleich heransprengende Leutnant soll sich eines Schimpfwortes bedient und dem Bauer bedeutet haben, daß der Staat Ersatz leisten werde. Der Bauer that nun in seiner Erbitterung eine den Staat verletzende Aeußerung, und der Offizier kommandierte: „Vorwärts, Säbel ergreifen!“ Der Bauer begegnete den Säbelhieben mit der Heugabel und verwundete zwei Pferde. Sich verteidigend, floh er und erreichte seinen Obstgarten, wo er durch die Bäume geschützt war.

Inzwischen war ein Nachbar zur Stelle gekommen, der mit einer Anzeige drohte, worauf dann die Reiter abzogen. Der Offizier erstattete Anzeige, und gegen den Bauer — sein Name ist Kerschberger — wurde die Anklage wegen Uebertretung gegen die körperliche Sicherheit und Beleidigung des Staates erhoben, worüber unlängst beim Bezirksgericht in Wels die Verhandlung stattfand. Kerschberger gab an, er sei der Geschädigte und Angegriffene, er sei auf seinem Grund und Boden beschimpft und wie ein Hund behandelt worden. Sein ganzes Leben bestehe in harter Arbeit, und nun hätte er ruhig zusehen sollen, wie die Früchte seiner Arbeit verwüstet würden? Er habe vor einer Uebermacht gestanden und habe sich nur verteidigt.

Sein Nachbar sagte als Zeuge aus, daß der Offizier dem Angeklagten das „Maul halten“ befohlen und ihn „Bauernluder“ genannt habe; dann habe er den Säbel gezogen und befohlen „Vorwärts, Säbel ergreifen!“ Zwei andere Zeugen sagten, der Angeklagte habe in größter Gefahr geschwebt und sich im Zustande äußerster Notwehr befunden. Der als Zeuge vernommene Offizier erklärte, es habe sich um eine Felddienstübung des Landwehroffizierkursus gehandelt und das Betreten der Aecker des Angeklagten sei infolgedessen unvermeidlich gewesen. Der tierärztliche Befund erklärte die Verletzung der Pferde als leichte.

In der Anzeige des Offiziers kam folgende Stelle vor: „Der Angeklagte hat es nur den Bäumen im Garten zu verdanken, daß er nicht gleich auf dem Platze blieb.“ Ueber diesen Absatz vom Richter befragt, entgegnete der Offizier: „Wenn einmal der Mannschaft befohlen wird, von der Waffe Gebrauch zu machen, geht es nicht anders.“

Das Bezirksgericht fällte ein freisprechendes Urteil, da die Beleidigung des Staates nicht erweisbar war, andererseits aber das Gericht die Ueberzeugung gewann, daß sich der Angeklagte im Zustande gerechter Notwehr befand. Der Staatsanwalt meldete gegen den Freispruch Berufung an.

Soziale Uebersicht.

— **Arbeiter-Ausbeutung in Sachsen.** Abgesehen von einigen Zweigen der Handweberei herrschen in der sächsischen Wirkwarenindustrie die kärglichsten Arbeiterverhältnisse. Auf die traurigen Löhne der Handwirker ist schon oft hingewiesen. Auch im letzten Jahre haben sich dieselben verschlechtert, trotz des allgemeinen industriellen Aufschwunges. Wie der Gewerbeinspektor für den erzgebirgischen Bezirk Annaberg mitteilt, betrugen die Löhne für männliche Strumpfwirker im Vorjahre 8.50—9 M. im Wochendurchschnitt, die der Frauen 6.50—7 M. Es sind dies meistens Löhne, die in der Hausindustrie bezahlt werden; die Arbeiter in geschlossenen Etablissements verdienen etwas mehr. Was sächsische Unternehmer selbst von schlecht bezahlten Arbeitern verlangen, läßt sich auch aus den neuesten Gewerbeinspektionsberichten erkennen. In einigen Anlagen hatten die Arbeiter sich das Petroleum für Beleuchtung selbst zu schaffen, in einer Strumpfwirkerei nicht nur das Oel, sondern auch die Lampen, und der Unternehmer erklärte, daß diese Einrichtung nur abgeschafft werden könne, wenn er den Lohn entsprechend herabsetze, da er sonst bei den geringen Preisen nicht bestehen könne. Eine ähnliche Erklärung gab ein anderer Wirkwaren-Industrieller ab, der seinen Arbeitern in jeder Woche 30 Pf. Beleuchtungsgeld abzog. Derselbe entschuldigte sich dem Gewerbeinspektor gegenüber mit der Bemerkung, daß derartige Abzüge im ganzen Orte üblich seien. Wie der Chemnitzer Gewerbeinspektor mitteilt, sollen derartige von den Arbeitern zu zahlende Beleuchtungsgelder thatsächlich noch in einer Anzahl Fabriken der Gebirgsdörfer Sitte sein. Mehrfach sind die Fabrikanten sogar in letzter Zeit, bei dem Rückgange der Warenpreise, zur Erhebung von Lichtgeldern zurückgekehrt. Der Gewerbeinspektor bedauert, daß das Gesetz keine Handhabe biete, gegen derartige Abzüge einzuschreiten. In einer Strumpfstrickerei mußten die Arbeiter für die Benutzung der Speise- und Aufenthaltsräume wöchentlich 25 Pf. zahlen, in einer Maschinenfabrik zog [illegible] ihnen bei jed. Lohnzahlung einen Pfennig für zerbrochene Fensterscheiben und in einer Nadelfabrik 2 Proz. des Lohnes für „Ausschuß“ ab. In den drei letzten Fällen hat die Gewerbeinspektion das sofortige Aufhören dieser Abzüge angeordnet.

— **Die Großen fressen die Kleinen auf!** Diese Behauptung, welche von Gegnern immer wieder bestritten wird, findet auch Bestätigung durch den Jahresbericht der Leipziger Gewerbekammern für 1896. Es heißt darin:

Die wirtschaftliche Lage des Gewerbestandes und des Kleinhandels ist im allgemeinen **nicht** als günstig zu bezeichnen.

Der Druck der Großindustrie, die fortgesetzt Handwerksarbeiten in ihre Thätigkeit einzieht, lastet recht verstimmend, öfters sogar **vernichtend** auf dem **Handwerk** und dem **Kleinhandel**.

Die Großbetriebe mit ihren Massenprodukten überschwemmen den Markt mit Erzeugnissen und fordern in Anbetracht ihrer Maschinenfabrikation und den billigen, vielfach ungelernten Arbeitskräften Preise, denen der Handwerker kaum, vielfach aber überhaupt **nicht mehr stand zu halten vermag**.

— **Die Macht der Junker.** Man schreibt dem Vorwärts: Der Landtags-Abgeordnete v. Quast auf Rittergut Radensleben bei Neu-Ruppin hat seiner Zeit (bei der Reichstags-Nachwahl im Kreise Ruppin-Templin) Flugblattverbreiter mit Hunden vom Hofe gejagt. Wie er mit seinen Arbeitern umspringt, zeigt folgende Mitteilung. Der Arbeiter Lange, der von Herrn v. Quast zur Erntearbeit auf Akkord engagiert war, las eine sozialdemokratische Zeitung und gab sie hin und wieder auch seinen Mitarbeitern zum Lesen, Herr v. Quast, der persönlich darauf achtet, daß sein Personal stramm arbeitet, verlangte nun eines Tages von Lange, daß er besser mähen solle, worauf dieser antwortete, er mähe ebenso gut wie die andern. Nächsten Tag's sollte Lange das Mähen einstellen und Kutscherarbeit verrichten, was nicht nur der Abmachung zuwiderlief, sondern auch einen viel schlechteren Lohn für ihn zur Folge gehabt hätte. Lange machte den Gutsbesitzer darauf aufmerksam. Dieser antwortete: „Wenn es Ihnen nicht paßt, dann machen Sie, daß Sie wegkommen.“ Da Lange den Kutscherdienst nicht verrichten wollte, erhielt er thatsächlich die Entlassung und mußte samt seiner Familie schleunigst die Gutswohnung räumen. Ein Zeugnis, das er empfing, hat folgenden Wortlaut:

„Der Arbeiter Robert Lange, gebürtig aus Cussow in Pommern, ist vom 1. April 1894 bis heute als Arbeiter auf dem Rittergut Radensleben beschäftigt gewesen.

Seine Entlassung erfolgt wegen Arbeitsverweigerung, sozialdemokratischer Umtriebe und Aufreizung seiner Mitarbeiter gegen die Herrschaft.

Radensleben, 16. Juli 1894.

Sieg, Oberinspektor.

Beglaubigt
(Stempel des
Gutsvorstandes Radensleben,
Kreis Ruppin).“

Lange war nun ein Geächteter und dem Verhungern ausgesetzt, wenn ihm nicht ein anderer Arbeit gegeben hätte.

— **Aus Königshütte** wird der Breslauer Volkswacht mitgeteilt: Einen sehr guten Erfolg hat hier einmal eine Denunziation gehabt. Königshütte hat ca. 500 (!) Kellerwohnungen, die zum Teil in trockenem Zustande sind. Ueber eine der schmutzigsten dieser Kellerhöhlen hat sich ein hiesiger Bürger an höherer Stelle beschwert und da ist denn, da die Beschwerde als berechtigt anerkannt werden mußte, von oben herab die Anordnung erfolgt, alle Kellerwohnungen einer Revision zu unterziehen. Vielleicht kommen wir deshalb hier zu einer richtigen Durchführung der die Kellerwohnungen betreffenden Regierungsverfügung vom Jahre 1881, vielleicht auch nicht. Wer will für die Art der Revision garantieren?

— **Kapital, Arbeit und bürgerliche Presse.** Die Düsseldorfer Neuesten Nachrichten enthielten dieser Tage folgende Notiz:

Glücklich verlaufen. Baden-Baden. Bei einer Spazierfahrt ging der Viererzug des in der Nähe von Baden-Baden weilenden Sohnes des Kölner Bankiers Freiherrn Albert v. Oppenheim, Paul Oppenheim, durch, da die Pferde durch Verwickelung in die Stränge gescheut wurden. Sie stürzten einen Abhang hinunter. Paul Oppenheim und sein Kind blieben unverletzt, Frau Oppenheim erlitt unerhebliche Verletzungen. Der Kutscher wurde getötet.

Wenn statt des armen Kutschers der Herr v. Oppenheim den Tod erlitten hätte, dann wäre der Notiz wohl ein passenderes Stichwort vorgesetzt worden.

— **Submissionsblüte.** Aus Steinsetzerkreisen wird uns mitgeteilt: Bei der Vergebung der Pflasterarbeiten an der Johannisthaler Chaussee wurden Gebote abgegeben, die zwischen 109 500 M. und 50 200 M. schwankten. Letzteres Angebot machte der Vorsitzende des Verbandes deutscher Steinsetzerinnungen, Herr Kuhlbrodt in Berlin. Auf dem letzten Verbandstage hat man ihm wegen seiner „Verdienste“ um genannten Verband den Titel „Verbands-Obermeister“ zugelegt.

— **Eine Lohnstatistik** für die in Nürnberg und Umgebung beschäftigten Arbeiter beabsichtigt das dortige Arbeitersekretariat zu veranstalten. Zu diesem Zwecke werden 16—17000 Fragezettel ausgegeben, die eine Anzahl Fragen über Lohn, Arbeitszeit, Arbeitslosigkeit, Alter, Kinderzahl, Mietpreise, Akkord- oder Wochenlohn, Beköstigung, Krankheit u. s. w. enthalten. Die Fragestellung ist, wie die Fränk. Tagespost mitteilt, so klar, daß die Beantwortung keinem Arbeiter Schwierigkeiten verursachen wird. Die Fragezettel werden den Arbeitern in Kouverts zugestellt und sind in verschlossenen Kouverts wieder zurückzugeben. Die Fragezettel sollen von dem Befragten nicht unterzeichnet werden. Durch Verzicht auf die Unterschrift ist eine Kontrolle des einzelnen Arbeiters, die viele Arbeiter von der Beteiligung an Lohnenqueten zurückhält, ausgeschlossen. Die Erhebung erfolgt auf ziemlich breiter Grundlage, sie wird mehr

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970707-12/fragment/page=0005

als den dritten Teil aller in Nürnberg und den Vororten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen.

— Eine Dienerstelle. Im Amtsblatte der Wiener Zeitung, Nr. 134 vom 13. v. M., befindet sich, so lesen wir in der Wiener Arbeiterzeitung, unter der Rubrik „Erledigungen" die nachstehende Ausschreibung einer Dienerstelle:

„Am Physiologischen Institut der k. k. Universität in Wien ist eine Dienerstelle zu besetzen.

Mit dieser Stelle ist ein **Jahresgehalt von 315 fl.**, die systemmäßige Aktivitätszulage von 78 fl. 75 kr., Naturalwohnung, Amtskleidung, 17 fl. 1 kr. kleines Livreegeld, 12,78 Meter weiche Schwemmscheiter und 10 Kilogramm Unschlittkerzen verbunden.

Die Bewerber müssen der deutschen Sprache in Wort und Schrift mächtig, gelernte Tischler und mit der Pflege größerer und kleinerer Tiere vertraut sein, sie müssen die Grundbegriffe der Physik und Chemie haben, so daß sie die einfachsten Versuchsanordnungen zusammenstellen, die gewöhnlichsten chemischen Formeln lesen, mit ätzenden und giftigen Substanzen umgehen können, ohne sich und andere zu gefährden; sie dürfen keinen Abscheu vor menschlichen und tierischen Leichen haben, so daß sie sich bald einige Grundbegriffe der Anatomie aneignen und in der Leichenkammer hantieren können, ferner dürfen sie sich an den niedrigeren Arbeiten, wie Reinigen der Lokalitäten und Ställe, Heizen ꝛc. nicht stoßen. Sie müssen sich einer Prüfung und Probezeit unterziehen . . .

Wien, am 12. Juni 1897.

Der Rektor der k. k. Universität."

Es wäre vielleicht für die Zukunft wünschenswert, daß die Bewerber um eine derartige Stelle mindestens dreijährige Hochschulstudien nachweisen könnten; der hiermit verbundene Aufwand an Zeit und Geld würde gewiß reichlich aufgewogen durch die Zusicherung eines systemisierten Gehalts von täglich 86 Kreuzer (ungefähr 1 M. 40 Pf.), einer gewiß sehr wünschenswerten Entlohnung, da ja der Bewerber von Unschlittkerzen und Schwemmscheitern allein nicht leben kann. Begreiflicherweise könnte der Betreffende durch Privatfleiß sich ein Vermögen verdienen, falls ihm die Tischlerarbeit, Tierpflege, Zusammenstellung von Versuchen, das Studium der Chemie, Physik und Anatomie, die Beschäftigung in der Leichenkammer und endlich die Reinigung der Lokalitäten die hierzu nötige Zeit lassen.

— In welchem Maße die Maschine die Handarbeit verdrängt, kann man bei der Porzellanmalerei in Blankenhain beobachten. In der Pozellanfabrik von Gebrüder Fasolt ist eine Schnellpresse aufgestellt. Dadurch sind die Maler gezwungen, oft tagelang unfreiwillig zu feiern, ehe sie nur ein Stück Arbeit bekommen. Sie arbeiten höchstens 2—3 Tage in der Woche, so daß Wochenlöhne von 6—8 M. und weniger nichts Seltenes sind. Kann davon ein Arbeiter seine Familie ernähren? Diese Zustände dauern nun schon drei Monate und eine Besserung ist noch nicht abzusehen. Sieben Mann sind bereits gekündigt und weitere Kündigungen stehen in Aussicht. Dieser Fall beweist wieder, wie notwendig die Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit ist.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ Auch im „liberalen" Baden wird das Vereinsrecht immer mehr verkürzt. Während vor einigen Jahren noch der Vertreter von Straßburg auf badischem Boden unter freiem Himmel vor 15 000 Personen Bericht über seine parlamentarische Thätigkeit erstatten konnte, werden nun seit längerer Zeit keine sozialdemokratischen Versammlungen unter freiem Himmel mehr gestattet. Das Bezirksamt Kehl hat jetzt auch, wie uns geschrieben wird, wohl wissend, daß das Ministerium zu Karlsruhe allen freiheitsfeindlichen Maßregeln sicheren Rückhalt gewährt, den einzigen unserer Partei zur Verfügung stehenden Saal der „Sonne" in Neumühl für baufällig erklärt und die Zahl der zuzulassenden Personen auf ein Minimum beschränkt. Es kann uns ja — so sagt unser Korrespondent — nur angenehm sein, wenn die badische Regierung zu dem Zugeständnis gezwungen wird, daß zwischen ihrem Scheinliberalismus und der offenen Reaktion in Preußen und Sachsen kein wesentlicher Unterschied mehr besteht. Unsere badischen Genossen werden gewiß nicht verfehlen, diese reaktionären Maßnahmen im demnächst entbrennenden Landtagswahlkampfe als scharfe Waffe gegen die Majoritäts- und Regierungspartei, den Nationalliberalismus, zu gebrauchen und das verantwortliche Ministerium des Innern im Parlament selbst ordentlich beim Kragen zu fassen.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 5. Juli 1897.

Vorsitzender: Stadtv.-Vorsteher Dittenberger.

Eingegangen ist die übliche Einladung an die Versammlung zur Teilnahme an der Feier des Rektoratswechsels.

Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 28. Juni wird zur Beratung der 12 Punkte umfassenden Tagesordnung geschritten. Von den 10 Punkten der öffentlichen Sitzung werden 8 erledigt. Die Punkte 1 und 9 fallen aus. — Schluß der öffentlichen Sitzung ½8 Uhr.

Punkt 2: Die **Erhöhung der Stundengelder für Handarbeitsunterricht in der höheren Mädchenschule** von 1 M. auf 1.25 M. wird beschlossen. Ref. Stadtv. Steckner.

Punkt 3: Die **Verpachtung der Kiesgrube bei Beesen** erfolgt auf die Dauer von 5 Jahren (1. Juli 1897—1902) für den jährlichen Pachtpreis von 600 M. an den städtischen Rittergutspächter Handt-Beesen unter genau festgesetzten Bedingungen laut den Beschlüssen der Agrar- und der Finanzkommission. — Interessant sind die Mitteilungen der Referenten, daß der jetzige Pächter auf die ihm bisher gewährte Entschädigung für das im Interesse der Grube aus seiner Gutspacht gezogene Terrain verzichtet und daß trotz der niedrigen Pachtsumme von 600 M. die Urbarmachung des ausgebeuteten Grubenterrains in das Belieben dieses Pächters gestellt ist, während der frühere Pächter Stock bei einem Pachtpreis von 1200 M., den er allerdings nicht erschwingen konnte, zu dieser Urbarmachung verpflichtet war. Dieser Verpflichtung wird St. jetzt infolge der neuen Pachtbedingungen enthoben. Ursprünglich war die Grube in städtischer Regie, wobei freilich ein paar tausend Mark zugesetzt wurden. Nach Stock lag die Grube ungefähr zwei Jahre ungenützt. Bei der letzten Ausschreibung hatten sämtliche Bieter die Bedingung gestellt, daß der Kies zu den städtischen Arbeiten aus dieser Grube entnommen werden sollte. Darauf glaubte der Magistrat wegen der hieraus entstehenden Unzuträglichkeiten nicht eingehen zu können und daher die Ueberlassung an den Gutspächter Handt. Sonderbarerweise wird jetzt von dem Stadtv. Roth (Mitglied der Agrar-Kommission) das zum Grubenterrain gehörige Land als sehr geringwertiges Unland bezeichnet, dessen Urbarmachung bei St. eine der wesentlicheren Vertragsbedingungen war. — Ref. der Agrar-Kommission Stadtv. Berghaus, der Finanz-Kommission Stadtv. Schmidt.

Punkt 4: **Abänderung des § 7 der Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung.** Dieser Paragraph enthält im Absatz 3 folgende Bestimmung:

„Außerdem erhält jeder Stadtverordnete unmittelbar vor dem Beginn einer jeden Sitzung eine Abschrift oder einen Abdruck des nach § 5 dieser Geschäftsordnung von dem Protokollführer vorbereiteten Protokolls für die öffentliche Sitzung."

Die Stadtverordneten Albrecht und Krüger hatten beantragt, daß den Stadtverordneten die motivierten Vorlagen spätestens einen Tag vor jeder Sitzung zugestellt werden sollten.

Der Referent der Geschäftsordnungs-Kommission, Stadtverordn. Albrecht, teilt mit, daß in der Sitzung der Kommission kein prinzipieller Widerspruch gegen den Antrag erhoben sei und ersucht um Zustimmung zu dem Antrag. Die Versammlung entspricht diesem Wunsche, nachdem der Oberbürgermeister Staude die Ausführbarkeit zugegeben und der Vorsitzende es als von Vorteil bezeichnete, wenn jedes Mitglied in die Lage versetzt werde, vor der Sitzung sich über die Gegenstände der Beratung genügend informieren zu können. — Gleichzeitig wurde die redaktionelle Abänderung beschlossen, daß die Bekanntgabe der Tagesordnung nicht im „Tageblatt", sondern im städtischen Verordnungsblatt zu erfolgen habe.

Punkt 5. Von dem **Finalabschluß der gewerblichen Zeichenschule** für 1896/97 nimmt die Versammlung Kenntnis und bewilligt eine Ueberschreitung von 39.71 Mk. nach. Referent Stadtv. Aßmann.

Punkt 6. **Mittelbewilligung für Kleidergelder.** Zur Beschaffung von Dienstkleidung für die zu Vollziehungsbeamten in Wassergebührensachen bestimmten Einnehmer Teßmann und Seidler werden je 50 Mk. bewilligt. Ref. Stadtv. Schmidt.

Stadtv. Albrecht fragt hierbei an, ob man für die Arbeiter, welche an Stelle der hierzu laut Regulativ beauftragten Beamten die schmutzige Arbeit der Wasser- und Gasmesser Ablesung verrichten, nicht auch dafür besonders entschädigen wolle durch eine Vergütung in bar oder in Kleidung, denn sie müßten doch auch anständig gekleidet gehen, trotz der Winkel, in denen gewöhnlich die Apparate aufgestellt sind. — Bürgermeister v. Holly widerspricht dieser Ausführung. Die Arbeiter ständen in auskömmlichem städtischen Lohn und könnten nicht für jede Arbeit besonders bezahlt werden.

Punkt 7. Die Petition Hüllemann um **Ueberlassung einer Erbbegräbnisstelle** auf dem Nordfriedhofe zum alten Preise von 200 Mk. statt des neuen von 400 Mk. wird entgegen dem Antrag der Petitionskommission auf Uebergang zur Tagesordnung, behufs Feststellung des Umstandes, ob dem Petenten das Vorkaufsrecht für die betreffende Stelle zu dem früheren Preise zugesichert sei, an die Petitions-Komm., welche durch einen Juristen verstärkt wird, zurückverwiesen. Ref. Stadtv. Pfaul.

Punkt 8. Die Petition der halleschen Radfahrervereine, **Anlegung von Radfahrwegen** betreffend, wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. Ref. Stadtv. Kobert.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Vermischtes.

* **„Von Gottes Gnaden."** Die guten Unterthanen im Staate Lippe, welche bekanntlich seit Jahren nicht wissen, ob der von Gottes Gnaden ihnen verordnete Fürst der Linie Lippe-Biesterfeld oder der Linie Lippe-Schaumburg zu entnehmen ist, müssen noch warten, ehe sie erfahren, wer in Zukunft ihr Landesvater sein wird. Aus Dresden wird berichtet: Das im hiesigen Residenzschlosse unter dem Vorsitz des Königs Albert tagende Schiedsgericht in der Lippeschen Erbfolgefrage hat seine Beratungen beendet. Auf direkt beim Hofmarschallamt eingezogene Erkundigungen wurde indes versichert, daß das Ergebnis der Verhandlungen zunächst streng geheim gehalten und erst im Laufe der nächsten Wochen bekannt gegeben werden solle, nachdem der Schiedsspruch gerichtlich kommentiert sein wird. — Wäre es nicht angemessener gewesen, abzuwarten, wie „Gottes Gnade" direkt selbst auswählt? Denn Gott kann doch alles, was er will, wird dem Volke gelehrt, und bei einem so wichtigen Anlasse würde es an einem Wunder schon nicht gefehlt haben, vorausgesetzt natürlich, daß Gott einen von beiden Kandidaten mit seiner Gnade begeben wollte.

* **Worüber „vornehme" Damen in Wut geraten können.** Ein heftiger Rangstreit ist in Frankreich entbrannt zwischen Frau Carnot und Frau Felix Faure. Bei dem großen Empfangsabend in der Nuntiatur kam Frau Carnot zuerst an, wohl weil sie an dem Grundsatz festhält, daß Pünktlichkeit die Höflichkeit der Könige ist. Sie begab sich sofort nach dem Hauptsaal, wo der Hofmarschall (Chef du protocole) Crozier die amtlichen Persönlichkeiten zu empfangen und vorzustellen hatte. Er ließ Frau Carnot nicht eintreten, sondern bedeutete ihr sehr höflich, sie habe sich, als Privatperson, dem Sekretär der Nuntiatur vorzustellen, der das Weitere veranlassen werde. Unterdessen trat Frau Faure ein, wurde vom Hofmarschall mit dem vorgeschriebenen Zeremoniell empfangen und an ihren Platz geleitet. Bei dem Gartenfest der englischen Botschaft vorige Woche zur Feier der sechszigjährigen Regierung der Königin Viktoria kam Frau Carnot mit ihrem Sohn und nahm sofort einen Platz in der ersten Sesselreihe ein. Sie wurde jedoch sehr bald gebeten, ihren Sessel der nach ihr angekommenen Frau Felix Faure abzutreten. Die beiden Präsidentinnen maßen einander mit Blicken, wie etwa Maria Stuart und Elisabeth sie wechseln mochten, grüßten mit eisiger Ruhe und — drehten einander den Rücken zu.

* **Die Kopenhagener Sparmarken-Affaire**, über die wir seiner Zeit berichtet haben, ist zum gerichtlichen Abschluß gekommen. Das Kriminalgericht in Kopenhagen verurteilte die drei „Anarchisten" Jensen, Gaab und Möller zu einem Jahr Zuchthaus wegen Betrügereien durch Sparmarkenfälschungen im Betrage von 1300 Kronen, welche angeblich zu anarchistischen Agitationszwecken in Dänemark und in anderen Ländern verwendet worden sind.

* **Als zweitgrößte Stadt der Erde** ist nach der nunmehr erfolgten Eingemeindung von Brooklyn Newyork zu betrachten. Paris, das bisher als zweitgrößte Stadt figurierte, kommt jetzt in dritter Reihe. London, dessen Einwohnerzahl in Höhe von 5 600 000 die gesamte Kopfzahl Belgiens übertrifft, bleibt nach wie vor an erster Stelle. Die Einwohnerzahl von Newyork, die sich zur Zeit auf 3 250 000 beläuft, betrug im Jahre 1800 nicht mehr als 60 489 und übertrifft jetzt diejenige von Paris noch um rund 750 000 Seelen. Die Stadt bedeckt ein Areal von 360 (englischen) Quadratmeilen, bei einer größten Längenausdehnung von 32 und einer größten Breite von 18 Meilen.

* **Ein Rennstall des Königs Milan in Wien.** Aus Paris telegraphiert man: In Sportkreisen verlautet, König Milan beabsichtige, in Wien einen großen Rennstall zu gründen. Eine Gruppe von Finanziers, welche Vertrauen zur sportlichen Erfahrung des Königs Milan haben, soll ihm die nötigen Fonds zur Verfügung gestellt haben.

Aus dem Reiche.

Neuruppin. Ein unbegreifliches Urteil fällte die hiesige Strafkammer. Am 19. April d. J. trat bei der Frau Rahn zu Stöffin das **13** jährige Kind Emmi Beelitz aus Bechlin in Dienst, um ein drei Monate altes Kind abzuwarten. Um von dem Dienst wieder befreit zu werden, hat sie dem Kind mehrere Knöpfe und Murmelkugeln in den Mund gesteckt. Das Kind ist dadurch in Lebensgefahr geraten. Wegen versuchten Mordes wurde das 13 jährige Mädchen dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Bingen. Am Rhein, da wachsen uns're Reben! Eine sehr bezeichnende Bekanntmachung hat das Kreisamt Bingen an die ihm untergebenen Bürgermeistereien gerichtet. Es heißt darin: „Angesichts der Dimensionen, welche die Fälschung des Weines angenommen hat, werden die Bürgermeistereien ersucht, ihr Augenmerk auf alle verdächtigen Händler und Produzenten zu richten und alle Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen Bestimmungen zur Anzeige zu bringen".

Karlsruhe. Bestrafte Steuerdefraudanten. Gegen die beiden Direktoren der Nähmaschinenfabrik Gritzner u. Ko. in Durlach wurde wegen Steuerdefraudation laut M. G.-A. eine Strafverfügung in Höhe von je 132 000 M. erlassen.

Nürnberg. Konkurrenzblüte. In der großen Festhalle auf dem Festplatze des deutschen Schützenfestes zu Nürnberg wird nur Tucher'sches Bier ausgeschänkt. Im Ausschank kostet der Liter 50 Pf. Davon gehen 20 Pf. an das Komitee des Festes, 21½ Pf. erhält der Unternehmer, für die Brauerei selbst bleiben nur 8½ M. pro Hektoliter. Eine teuere Reklame.

Würzburg. Aus Furcht vor der „Ferienkolonie" hat der 20 jährige Metzgergehilfe Georg Bauer von Uettingen im Maine den Tod gesucht und gefunden. Bauer war seit seiner Ausmusterung nach Metz tiefsinnig. Der Polizeibericht sagt: „Der Bursche (!) dürfte aus Furcht vor dem Militärdienst seinem Leben ein Ende gemacht haben."

Fortschritte der Technik.

Das Neueste von Edison.

Dem Mimen wird die Nachwelt nun doch die verdienten Kränze flechten, wenn die Experimente, womit Edison soeben beschäftigt ist, erfolgreich ausfallen sollten. Glücken die Versuche des amerikanischen „Zauberers", so kann mittelst des vereinigten Phonographen und Kinetoskops jede theatralische Aufführung in Wort und Bild, in Musik und Darstellung den kommenden Zeiten erhalten und ohne Beihilfe von Personal, von Schauspieler, Sänger, Musiker, Souffleur und Regisseur dem Publikum wieder vorgeführt werden. Jeder Ton, jede Geste, jedes Mienenspiel, jedes Wort wird getreulich vor Auge und Ohr wieder aufleben, ein Rossi, ein Duse, Sarah Bernhardt, Sonnenthal und Lewinsky nach Jahrhunderten noch gewürdigt und applaudiert werden. Edisons Idee geht nun vor allem zuerst dahin, dem Phonographen seine metallisch näselnde Stimme zu nehmen und ihm statt dessen den reinen Wohllaut der menschlichen Kehle, des musikalischen Instruments zu geben, so daß der Klang bis in seine feinsten Modulationen nachgebildet wird; und ferner, um Ton und Gebärde zu vereinigen, Kinetoskop und Phonograph in genau gleichzeitige Thätigkeit und Uebereinstimmung zu bringen. Für eine solche „Zukunfts-Vorstellung" wird auf einer völlig leeren Bühne anstatt der Koulissen die weiße Fläche querüber gespannt. Nun werden hinter dem Vorhang Phonographen aufgestellt, deren Zahl genau der Zahl der Akteure im Stück entspricht, deren jeder also die Stimme jedes einzelnen Darstellers enthält: so viel redende oder singende Personen, so viel Phonographen mit einer auf das Hundertfache verstärkten Stimme und vollständig gesungener Partie, gesprochener Rolle. Auf einer Galerie, dem Zuschauer verborgen, befindet sich das Kinetoskop und wirft 48 Photographien in der Sekunde, eine Zahl, die zur ununterbrochenen Folge der Bewegungen genügt, auf die Bildfläche. Ein und derselbe elektrische Strom verbindet Kinetoskop und Phonograph, vereinigt also Ton und Bewegung der Darsteller. Die Thatsache, daß beide Erfindungen bereits vorhanden und bekannt und auf eine verhältnismäßig hohe Stufe der Entwicklung und Vollendung gebracht worden sind, dürfte verbürgen, daß es sich bei dieser „Zukunftsmusik" nicht nur um einen Scherz, einen Witz, sondern um eine ernsthafte Errungenschaft handelt, deren Realität schon durch den Ruf und Namen Edisons gewährleistet erscheint.

Quittung.

Auf Sammellisten wurden abgeliefert: Nr. 244 0.30, 245 8.10, 248 leer, 251 5.80, 256 0.50, 257 leer, 260 0.20, 263 leer, 319 0.75, 320 leer, 340 leer, 358 5.85, 359 1.20, 360 3.00, 361 leer, 362 0.50, 363 0.30, 364 leer, 365 1.00, 366 1.40, 367 2.00, 368 leer, 369 3.90, 370 0.85, 371 2.20, 374 leer, 375 leer, 376 leer, 377 leer, 378 5.47, 379 0.50, 380 2.32, 381 1.65, 386 4.20, 389 7.50, 390 leer, 391 5.30, 397 4.10, 398 2.40, 399 5.30, 401 2.65, 402 0.50, 403 2.45, 404 0.70, 405 6.80, 406 4.95, 407 6.10, 408 leer, 409 0.50, 410 1.95, 411 1.00, 412 leer, 413 4.20, 414 0.50, 415 0.25, 416 7.85, 417 leer, 418 4.85, 419 0.50, 420 5.28, 421 5.25, 422 leer, 423 leer, 443 leer, 444 leer, 445 leer, 446 3.30, 450 5.00, 452 2.70, 455 2.65, 460 leer, 461 leer, 462 5.35, 463 1.00, 464 leer, 471 2.80, 473 5.05, 474 2.85, 475 0.50, 476 leer, 477 0.45, 478 0.60, 479 0.80, 480 0.30, 481 2.00, 482 1.00, 483 leer, 484 leer, 485 leer, 486 leer, 487 leer, 488 leer, 489 leer, 490 5.65, 491 3.25, 492 2.15, 493 1.50, 494 leer, 496 1.75, 497 leer, 498 2.40, 499 1.75, 500 2.40, 501 0.45, 502 leer, 503 4.05, 504 12.35, 505 leer, 506 2.55, 507 1.00, 508 leer, 509 leer, 510 0.50, 511 3.00, 512 leer, 513 0.30, 514 2.00, 515 0.50, 516 leer, 517 3.25, 519 leer, 521 leer, 522 leer, 523 leer, 524 leer, 525 leer, 526 leer, 527 leer, 528 leer, 529 leer, 530 leer, 534 0.30, 535 leer, 537 leer, 538 leer, 539 leer, 540 2.85, 541 6.70, 542 leer, 543 leer, 544 leer, 545 leer, 546 leer, 547 leer, 548 leer, 549 1.00, 550 leer, 551 leer, 552 leer, 553 leer, 554 leer, 555 leer, 556 leer, 557 5.25, 558 1.45, 559 leer, 560 leer, 561 1.35, 562 0.70, 563 1.75, 564 3.60, 565 1.40, 566 1.10, 567 3.15, 568 leer, 569 leer, 570 0.50, 571 6.20, 572 leer, 573 leer, 574 0.50, 576 1.40, 577 4.25 Mark. In Summa 263.47 M.

H. Schade.

Litteratur.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 39. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Was die Sozialdemokratie in Preußen bei der Landtagswahl ausrichten kann. Von Ed. Bernstein. — Lassalles Anfänge. Von Franz Mehring. — Industrie und Finanz. Von Theodor Kapelusz. (Fortsetzung.) — Revue der Revuen. — Feuilleton: Das Jugendleben des Aales. Eine jüngste Entdeckung. Von Dr. Friedrich Knauer.

Von der **„Gleichheit,"** Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 13 des 7. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die lex Recke. — Beschwerde der Arbeiterinnen der Silberkammer des königlichen Schlosses zu Berlin. — Aus der Bewegung. — Frauenarbeit in Apotheken. Von Symmachos. — Das Frauenstimmrecht in England. Von Lily Braun. — Feuilleton: Die Rückkehr. Von Ginlia Mulazzi. Aus dem Italienischen übersetzt von Ida St.-B. — Kleine Nachrichten.

Die Gleichheit erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspostzeitungsliste für 1897 unter Nr. 2902) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pfg.

Im Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart sind von der **Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie** von Fr. Mehring Heft 9 u. 10 erschienen. Aus dem Inhalt heben hervor: Kap. XIV. 3. Die Krisis im Bunde der Gerechten. Kap. XV. Das Kommunistische Manifest. Zweiter Abschnitt. Die Märzrevolution und ihre Folgen. Kap. I. Die Klassenkämpfe der deutschen Revolution. 1. Der 18. März. 2. Der Verrat der Bourgeoisie. 3. Die Parlamente. 4. Das Ministerium Hansemann. 5. Die Opferung der Bauern.

Das komplette Werk wird ca. 36 Lieferungen à 20 Pfennig umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

Alle Buchhandlungen und Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 3. Juli.

Aufgeboten: Der Buchbinder Rotermundt und Anna Vetter (Steinweg 54 und Wilhelmstraße 26). Der Bahnarbeiter Schmeißer und Bertha Ehrig (Thomasiusstr. 32). Der Kaufmann Scheibelwitz und Gretchen Schulze (Hamburg und Raffineriestraße 28). Der Ingenieur Simons und Alma Rohde (Halle und Bernburg.)

Eheschließungen: Der Korbmacher Mörs und Johanne Schreiber (Waldau und Kuttelhof 3). Der Maler Niemeyer gen. Bücker und Hedwig Töpfer (Blücherstraße 15 und Meckelstraße 3). Der Tischler Groß und Luise Eccius (Taubenstraße 12 und Mittelwache 2). Der Gärtner Jung und Marie Peters (Streiberstraße 30 und Sophienstraße 35). Der Schlosser Seidenstricker und Margarete Schröter (Streiberstraße 36 und große Wallstraße 42). Der Bahnarbeiter Stahl und Auguste Beilecke (Leipzigerstraße 10 und Kelbra.) Der Schriftsetzer Beierling und Bertha Rahn (Mühlweg 13 und Leipzigerstraße 7). Der Lackierer Kersten und Emilie Lochner (Glauchaerstraße 47). Der Marktheifer Schneider und Karoline Grundmann (Unterberg 7 und große Steinstraße 17). Der Expedient Krause und Henriette Trobst (Spitze 10 und kleine Klausstraße 10).

Geboren: Dem Kassierer Bretschneider Zwill.-S. (Schillerstraße 53). Dem Maurer Eichelmann eine T. (Forsterstraße 14). Dem Schlosser Noack ein S. (Schützenstraße 4). Dem Restaurateur Cramer ein S. (Lerchenfeldstraße 15). Dem Polizei-Sergeanten Ramlow eine T. (große Wallstraße 2). Dem Fabrikarbeiter Metz eine T. (Deyboldsgasse 4). Dem Handarbeiter Rothe eine T. (Brunoswarte 13). Dem Brauer Schießl ein S. (Thorstraße 29). Dem Arbeiter Müller eine T.

Gestorben: Des Stadtbaurat Genzmer Ehefrau, Marie geb. Baumann, 36 J. (Diakonissenhaus). Des Schriftsetzer Blume S., 2 J. (Jakobstraße 23). Der Kutscher Webell, 30 J. (am Kirchthor 20). Des Droschkenkutscher Pfeiffer S., totgeboren (Gottesackerstraße 16). Des Modelltischler Andres S., 3 Wochen (Schmiedstraße 32). Die Witwe vom Hagen geb. Kaselitz, 72 J. (Mühlweg 15). Die Witwe Berdig geb. Kötel 60 J. (Mauritzestraße 6).

Für die Redaktion verantwortlich: Ad. Thiele in Halle.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: Aug. Groß. Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970707-12/fragment/page=0006